

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 13.02.2025

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Johannes Mecke Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Peter Scholler Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Manuel Prieler	
Saran Diané	
Claudia Leitner	

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Scholler zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

652 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2025, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

653 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

654 22 **1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring - Teil B; Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB**

Der Planentwurf zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil B in der Fassung vom 15.06.2023, lag in der Zeit vom 29.06.2023 bis

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

einschließlich 31.07.2023 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB aus. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB fand ebenfalls in der Zeit vom 29.06.2023 bis einschließlich 31.07.2023 statt.

Die Planzeichnung des Flächennutzungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Flächennutzungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring unter <https://www.unterfoehring.de/bauen-wirtschaft/bauen/bauleitplanung.html> eingestellt.

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplans - Teil B in der Fassung vom 15.06.2023 umfasst folgende Änderungsbereiche:

- Änderungsbereich 1: „Neues Mitterfeld“
- Änderungsbereich 2: Sondergebiet 1 „Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien“ und Sondergebiet 2 „Umspannanlage“
- Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage „Stützheizwerk GEOVOL“
- Änderungsbereich 4: Sondergebiet „Feuerwehr und Wohnen“
- Änderungsbereich 5: Fläche für Gemeinbedarf „Wertstoffhof, Feuerwehrübungsplatz und Bauhof“

Sachverhalt – Teilung des Verfahrens

Für den Änderungsbereich 2: Sondergebiet 1 „Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien“ und Sondergebiet 2 „Umspannanlage“ führt die Gemeinde Unterföhring ein verbindliches Bauleitplanverfahren durch: BPlan Nr. 91/2020 „Energieerzeugung Unterföhring Süd im Bereich westlich der Bahnlinie S-8, nördlich der Kreisstraße M3/Föhringer Ring (St 20889), östlich der Münchner Straße/Ringstraße und südlich der Moosstraße“. Der Planentwurf BPlan Nr. 91/2020 in der Fassung vom 29.03.2022 lag in der Zeit vom 25.04.2022 bis einschließlich 27.05.2022 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 25.04.2022 bis einschließlich 27.05.2022 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben. Der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 27.10.2022. Da die immissionsschutzrechtlichen Belange im Planentwurf BPlan Nr. 91/2020 in der Fassung vom 29.03.2022 noch nicht abschließend berücksichtigt wurden, hat die Gemeinde Unterföhring am 27.10.2022 beschlossen, ein Immissionsgutachten in Auftrag zu geben, dass aber bisher noch nicht vorliegt. Das Auslegungsverfahren zum Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 27.10.2022 ist gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB bisher noch nicht erfolgt.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zwischenzeitlich (2024) wurde der kommunale Wärmeplan der LHM vom Stadtrat München beschlossen. Dieser Wärmeplan wird auch für den Betrieb des HKW Nord Erkenntnisse bringen. Diese gilt es für das Bauleitplanverfahren BPlan Nr. 91/2020 auszuwerten, da es Auswirkungen auf die Zweckbestimmungen und die Abgrenzung der Sondergebiete SO1 und SO2 haben könnte.

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes - Änderungsbereich 2 sollte deshalb den Klärungs- und Planungsfortschritt der verbindlichen Bauleitplanung abwarten und parallel zur verbindlichen Bauleitplanung den nächsten Verfahrensschritt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchführen.

Da der Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage „Stützheizwerk GEOVOL“ als Planungsziel eine Spitzenanlage auf Basis fossiler Gase für das bestehende Fernwärmenetz Unterführings (durch Geothermie-Bohrungen gespeist) hat, empfiehlt es sich, den Änderungsbereich 3 gemeinsam mit dem Änderungsbereich 2 in einem gesonderten Verfahren weiter zu führen.

Im Rahmen einer telefonischen Vorabstimmung wurde am 09.01.2025 zwischen dem Landratsamt München – Bauen und dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München besprochen, dass die Änderungsbereiche 2 und 3 aus der 1. Änderung - Teil B herausgenommen werden können und als 1. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teil C zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt werden.

Beschluss: 22:0

Das Gremium beschließt vor der im Sachverhalt dargelegten Gründe, dass das Verfahren der 1. Änderung des Flächennutzungsplans -Teil B zu teilen ist. Die Änderungsbereiche 2 und 3 sollen in einem gesonderten Verfahren als 1. Änderung des Flächennutzungsplans - Teil C weitergeführt werden. Die 1. Änderung des Flächennutzungsplans - Teil B besteht künftig nur noch aus den Änderungsbereichen 1, 4 und 5.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landeshauptstadt München – Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA I – Stadtentwicklungsplanung, Bereich Regionales - Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)
- Landeshauptstadt München - Mobilitätsreferat; Verkehrs- und Bezirksmanagement
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ebersberg-Erding
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- DB Netze, DB Energie GmbH
- DB AG – DB Immobilien
- Eisenbahn-Bundesamt
- Gemeinde Ismaning
- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Immissionsschutz und staatliches Abfallrecht
- Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten (UNB)
- Regierung von Oberbayern
- SWM Services GmbH
- Staatliche Bauamt Freising
- Wasserwirtschaftsamt München

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurde eine Stellungnahme aus der Bürgerschaft abgegeben.

Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA I – Stadtentwicklungsplanung, Bereich Regionales - Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)

Das Schreiben vom 30.07.2023 wird bekannt gegeben:

Es wird gebeten, bei der Änderung des FNP die potenzielle Tram-Trassenfreihaltung zu beachten. Sollte die Tram-Verlängerung nach Unterföhring in Zukunft verwirklicht werden, so müsste es gebührend im Rahmen des Bauleitplanverfahrens berücksichtigt werden.

Abhandlung:

Die Tramverlängerung auf der Strecke St. Emmeram – Unterföhring (Verlängerung der Tramlinien 16 und 17 von Oberföhring weiter nach Unterföhring - zunächst bis zur Mitterfeldallee, langfristig über Diesel- und Beta Straße in den Gewerbepark, womöglich bis zum Bahnhof) wurde im Rahmen der Fortschreibung und Aktualisierung des Infrastrukturteils des Nahverkehrsplans der LHM im „Zielnetz ÖV2023+“ der Kategorie C zugeordnet. Die Tramstrecken der Kategorie A sind gemäß Stadtratsbeschluss vom 03.03.2021 zu planen und die Strecken aus der Kategorien B und C näher zu prüfen. Bei der Durchführung von Machbarkeitsstudien bzw. Planungen von Tram-Neubaustrecken übernimmt die SWM/MVG die Rolle des Auftraggebers. Die planerischen bzw. gutachterlichen Leistungen werden in der Regel extern vergeben. Bei den SWM/MVG werden derzeit ausschließlich Einrichtungsfahrzeuge eingesetzt, mit Wendeschleifen an allen regulär befahrenen Endhaltestellen. Für die Planung von Neubaustrecken ist grundsätzlich der Einsatz von Einrichtungsfahrzeugen zu unterstellen. Für die Verlängerung bis zum Haltepunkt an der Münchner Straße, Ecke

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mitterfeldallee wurde 2022 eine Potentialanalyse durch das Büro Intraplan durchgeführt. Dabei wurde eine eher schwache Nachfrage im Vergleich zu anderen untersuchten Tramlinien festgestellt. Die Fahrgastnachfrage war in der Variante, die bis zur S-Bahn Unterföhring führt, höher als in der Variante, die bis zum Kreisel Beta-Straße führt. Bei der vom Landratsamt vorgeschlagenen Variante, die Tramverlängerung nur bis zur Kreuzung Münchner Straße / Mitterfeldallee zu führen, verringert sich die Nachfrageprognose (Verlagerungseffekte von anderen Verkehrsmitteln auf die Tram). Hierfür würde in dem Bereich der Kreuzung Münchner Straße / Mitterfeldallee eine Wendeschleife mit einem Mindestradius von 20m benötigt. Um herauszufinden, ob diese Tram-Verlängerung gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist, ist als nächster Schritt eine Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) durchzuführen. Für das Dreieck St. Emmeram – Unterföhring – Studentenstadt ist die Beauftragung zur Untersuchung (Nutzen-Kosten-Analyse und technische Machbarkeit) durch die LH München geplant. Der neuen Darstellungen der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Teil B gewährleisten die Freihaltung einer potenziellen Tramtrasse für die Tramverlängerung St. Emmeram – Unterföhring.

Der Hinweis auf Freihaltung der potenzielle Tram-Trassen wird zur Kenntnis genommen. Die neuen Darstellungen der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teil B gewährleisten die Freihaltung einer potenziellen Tramtrasse für die Tramverlängerung St. Emmeram – Unterföhring. Eine Änderung der Planungen ist nicht veranlasst. Eine Beschlussfassung ist ebenfalls nicht veranlasst.

Landeshauptstadt München - Mobilitätsreferat; Verkehrs- und Bezirksmanagement

Das Schreiben vom 28.07.2023 wird bekannt gegeben:

Von Seiten der Landeshauptstadt München laufen im Münchner Nordosten vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklung. Ziel ist eine Siedlungsentwicklung für rund 30 000 Einwohner. Aktuell werden die verkehrlichen Auswirkungen dieser untersucht. In den vorgelegten Unterlagen (Änderungsbereich 1) heißt es, dass gemäß Verkehrsuntersuchung der Firma Gevas (April 2023) ein Ausbau der wichtigen Knotenpunkte im Bereich Münchner Straße und Mitterfeldallee empfohlen wird. Die ist auch für die Verkehre aus dem Stadtgebiet bzw. in das Stadtgebiet der Landeshauptstadt München bedeutsam. Im Zusammenhang mit der geplanten Entwicklung im Münchner Nordosten gewinnt ein möglicher Knotenpunktausbau noch an Relevanz. Daher bitten wir, diesbezüglich um enge Abstimmung und Austausch. Das angekündigte Mobilitätskonzept wird von Seiten der Landeshauptstadt München vor dem Hintergrund der bereits vorhanden

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

verkehrlichen Belastung des umliegenden Straßennetzes begrüßt. Hier sollten sowohl Maßnahmen zur Reduktion des privaten Pkw-Aufkommens wie auch zur Förderung des Erreichens von U- und S-Bahn mit dem Umweltverbund (Bus und Rad) enthalten sein.

Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen und in den weiteren Planungsschritten berücksichtigt. Eine Änderung der Planungen ist nicht veranlasst. Eine Beschlussfassung ist ebenfalls nicht veranlasst.

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ebersberg-Erding

Das Schreiben vom 11.07.2023 wird bekannt gegeben:

Bereich Landwirtschaft (zu Änderungsbereich 5)

Die Fläche für Gemeindebedarf „Wertstoffhof, Feuerwehrrübungsplatz und Bauhof“ grenzt östlich an eine landwirtschaftlich genutzte Fläche an. Die von den angrenzenden landwirtschaftlichen Betrieben und landwirtschaftlich genutzten Grundstücken ausgehenden Immissionen, insbesondere Geruch, Lärm, Staub, Licht und Erschütterungen, auch über das übliche Maß hinausgehend, sind zu dulden. Insbesondere auch dann, wenn landwirtschaftliche Arbeiten nach Feierabend sowie an Sonn- und Feiertagen oder während der Nachtzeit vorgenommen werden, falls die Wetterlage während der Erntezeit solche Arbeiten erzwingt. Die Bauwerber sind auf diesen Umstand hinzuweisen.

Bepflanzungen entlang von landwirtschaftlichen Grundstücken sind so durchzuführen, dass bei der Nutzung keine Beeinträchtigungen, vor allem durch Schatteneinwirkung und Wurzelwerk entstehen.

Außerdem sind die Grenzabstände zu landwirtschaftlichen Grundstücken nach Art. 48 AGBGB zu berücksichtigen. Die Erschließung (Befahrbarkeit angrenzender Wege mit landwirtschaftlichen Großmaschinen) und Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen gesichert bleiben. Es muss auch sichergestellt sein, dass die umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe in ihrem Bestand und in ihrer weiteren betrieblichen Entwicklung durch die Ausweisung von weiteren Bauflächen nicht behindert werden. Durch die vorliegende Planung darf die Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen nicht eingeschränkt werden.

Bereich Forsten (zu Änderungsbereich 3)

Auf der Fl.Nr. 1189 sind Teilflächen Wald i. S. des BayWaldG. Der Wald ist kein Bannwald oder Schutzwald und mit keinen Waldfunktionen belegt. Die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Rodung) bedarf der Erlaubnis. Die Erlaubnis kann erteilt werden gem. Art. 9 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 8 BayWaldG.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 22:0

Zu Änderungsbereich 5:

Die angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebe und die von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken ausgehenden Immissionen, insbesondere Geruch, Lärm, Staub, Licht und Erschütterungen wurden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (BPlan Nr. 90/19 „Bauhof an der Birkenhofstraße“) bereits angemessen berücksichtigt. Auch die Festsetzungen zur Ein- und Durchgrünung des Grundstückes stellen sicher, dass die umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe in ihrem Bestand und in ihrer weiteren betrieblichen Entwicklung nicht behindert werden. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst.

Zu Änderungsbereich 3 (wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt)
Die Genehmigung nach §§ 4, 19 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL Unterföhring wurde mit Schreiben vom 29.03.2023 von der Regierung von Oberbayern bereits erteilt. In der Begründung wird unter Punkt 3.2.6 festgestellt (Seite 58), dass auf Fl.Nr. 1189, Teilflächen Wald nach BayWaldG sind. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Bann- oder Schutzwald, die Waldflächen sind auch nicht mit Waldfunktionen belegt. Die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart bedarf der Erlaubnis. Diese Rodungserlaubnis wurde bereits erteilt gem. Art. 9 Abs. 3 i. V. m. Abs. 8 BayWaldG. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die städtebauliche Begründung wird um Aussagen zur bereits erteilen Rodungserlaubnis ergänzt.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 04.07.2023 wird bekannt gegeben:

Zu Änderungsbereich 3- wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt
Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange:

Die Bau- und Kunstdenkmalpflege stimmt dem Änderungsbereich 3 ausdrücklich nicht zu, da die Errichtung eines Heizkraftwerks in unmittelbarer Nähe der Basispyramide zu einer erheblichen Beeinträchtigung des landesgeschichtlich äußerst bedeutenden Baudenkmals führen würde, wie das BLfD in einer auch der Gemeinde übermittelten Stellungnahme vom 05.10.2022 ausführlich erläutert hat: Die Errichtung des Kraftwerks an dieser Stelle wären zu den erfolgreichen Bemühungen der Gemeinde, des Landkreises und der Denkmalpflege der vergangenen 50 Jahre, die Pyramide zugänglich und in einer ihrer Bedeutung adäquaten Weise erlebbar zu machen, völlig konträr.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu Änderungsbereich 1 „Neues Mitterfeld“

Bodendenkmalpflegerische Belange:

Im Bereich der Flächennutzungsplanänderung liegen keine in der Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmäler. Allerdings wurden bei Grabungen in der Teilfläche im Bereich Münchner Straße/Mitterfeldallee mehrere beigabenlose Körpergräber gefunden, die möglicherweise ins Frühe Mittelalter datieren. Überbaut wurden hier auch eine Siedlung des Neolithikums und der Latènezeit sowie ein Bestattungsplatz der Hallstattzeit und Körpergräber der römischen Kaiserzeit und des Mittelalters. Zudem befindet sich die Planung in einem Bereich mit hoher Bodengüte – vergleichbares Gelände wurde in der Vor- und Frühgeschichte besiedelt. Deshalb werden im Bereich der Planung weitere Bodendenkmäler vermutet.

Diese Denkmäler sind gem. Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt aus Sicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege Priorität. Weitere Planungsschritte sollten diesen Aspekt bereits berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Es ist daher erforderlich, die genannten Bodendenkmäler nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Flächennutzungsplan zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hinzuweisen (§ 5 Abs. 4–5 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (PlanzV 90 14.3).

Zudem sind regelmäßig im Umfeld dieser Denkmäler weitere Bodendenkmäler zu vermuten. Weitere Planungen im Nähebereich bedürfen daher der Absprache mit den Denkmalbehörden.

Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß Art. 7 Abs. 1 BayDSchG.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege stimmt der Planung nur unter diesen Voraussetzungen zu.

Abhandlung:

Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange (zu Änderungsbereich 3 -wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt)

Für den Änderungsbereich 3 wurde die Genehmigung nach §§ 4, 19 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL

Unterföhring mit Schreiben vom 29.03.2023 von der Regierung von Oberbayern bereits erteilt. Das Genehmigungsschreiben formuliert auf ab Seite 42 ff folgende Anforderungen an den Denkmalschutz (3.12):

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„3.12.1 Die einfassenden Baumreihen am Denkmal bleiben gemäß der Darstellung in den Antragsunterlagen erhalten.

3.12.2 Für die im Zug der Errichtung des Stützheizwerks geplanten Bepflanzung ist von einem Landschaftsplaner mit Erfahrung im Bereich Denkmalschutz ein Gesamtkonzept erstellen zu lassen und umzusetzen. Insbesondere ist entlang des Schotterwegs eine Baumreihe zu pflanzen

3.12.3 Zur besseren touristischen Erschließung der Basispyramide ist an der geplanten Zufahrtsstraße der Öffentlichkeit das Parken zu ermöglichen.“ Die Regierung von Oberbayern hat mit Schreiben vom 13.09.2022 das Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege beteiligt. Vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege wurden grundsätzliche Einwände aufgrund der unmittelbaren Nähe des Vorhabens zum Baudenkmal „Basispyramide Unterföhring“ erhoben. Mit Schreiben vom 24.10.2022 hat die GEOVOL ihren Antrag auf Erlaubnis nach Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BayDSchG begründet und zu den vom Landesamt für Denkmalpflege und vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung vorgebrachten Einwänden und Bedenken Stellung genommen. Hierzu wurden mit Schreiben vom 10.10.2022 die Gemeinde Unterföhring, das Sachgebiet Baurecht der Regierung von Oberbayern, der Kreisheimatpfleger sowie mit Schreiben vom 17.11.2022 nochmals das Landesamt für Denkmalpflege und das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung beteiligt. Die zunächst vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung vorgebrachten Bedenken konnten hierdurch ausgeräumt werden; das Landesamt für Denkmalpflege hat die zuvor geäußerten Einwände aufrechterhalten. In der Begründung zur Genehmigung (S. 62 ff) wird aber festgestellt, dass denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit des geplanten Stützheizwerks nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2, Abs. 1 Satz 2 BayDSchG gegeben ist:

... „Das Vorhaben liegt im Nähebereich des in der Denkmalliste Nr. D-1-84-147-1 geführten Baudenkmals „Basispyramide der Bay. Landesvermessung, bez. 1801“, dem nach den Fachstellungnahmen des Bay. Landesamtes für Denkmalpflege, des Kreisheimatpflegers und des Bay. Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung eine herausragende geschichtliche und wissenschaftliche Bedeutung zukommt. Die ca. 5 m hohe Pyramide in Unterföhring erinnert zusammen mit ihrem Gegenstück südwestlich von Aufkirchen bei Erding an die Grundlinie für die Landesbasisvermessung, die ab 1801 durch bayerische und französische Truppen durchgeführt wurde. Das wesentliche Merkmal dieser aufwendig gestalteten Vermessungssignale ist ihre freie Sichtbarkeit aus dem umliegenden Dreiecksnetz der ersten bay. Landestriangulation. Die beiden Basispyramiden sind neben wenigen historischen Geräten und Punktversicherungen, die in der Regel nur der Fachwissenschaft bekannt und zugänglich sind, die einzigen Zeugnisse dieser großen Leistung. Neue Vorhaben in der Nähe von Baudenkmalen müssen sich zwar weder völlig an vorhandene Baudenkmalen anpassen, noch haben sie zu

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

unterbleiben, wenn eine Anpassung nicht möglich ist. Aber sie müssen sich an dem Denkmal messen lassen, dürfen es nicht gleichsam erdrücken, verdrängen oder die gebotene Achtung gegenüber den im Denkmal verkörperten Werten vermissen lassen. Die Pyramide in Unterföhring steht heute nicht mehr in der freien Landschaft. Trotz der massiven Bebauung im Norden (Heizkraftwerk und Umspannwerk der SWM) und der umgebenden Verkehrswege hat sich aber um die Basispyramide herum ein gewisser Freibereich mit der geschaffenen Eingrünung erhalten, der nach Auffassung des Bay. Landesamtes für Denkmalpflege einem dem Baudenkmal angemessenen Eindruck von einer weithin sichtbaren Landmarke vermittelt. Das geplante Heizwerk, das östlich in ca. 30 m Entfernung von der Pyramide errichtet werden soll, wird nach den Stellungnahmen der Fachbehörden und des Kreisheimatpflegers, denen eine gewisse Einschätzungsprärogative hierbei zukommt, zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Denkmals als Zeugnis der Geschichte und sichtbare Landmarke führen, weil es den Freibereich einschränkt und mit seiner Größe sehr auffällig im näheren Umfeld der Pyramide in Erscheinung treten wird. Dadurch wird sich das Umfeld, das bisher von Bebauung bewusst freigehalten und in Bezug auf die Pyramide gestaltet wurde, grundlegend verändern. Aus dem Vorliegen gewichtiger Gründe des Denkmalschutzes für die unveränderte Beibehaltung des bisherigen Zustands folgt allerdings nicht zwingend die denkmalschutzrechtliche Unzulässigkeit des geplanten Stützheizwerks; vielmehr ist eine Ermessensentscheidung erforderlich. In Abwägung mit den sonstigen von der geplanten Anlage berührten öffentlichen und privaten Belangen wiegen die gewichtigen Gründe des Denkmalschutzes, die für die unveränderte Beibehaltung des bisherigen Zustands sprechen, jedenfalls nicht so schwer, dass die denkmalschutzrechtliche Erlaubnisfähigkeit zwingend zu verneinen wäre. Die bauliche Substanz des Baudenkmals bleibt durch das Stützheizwerk unberührt. Erhebliche Verdrängungseffekte in der Erlebbarkeit des Denkmals sind durch das Stützheizwerk nicht zu befürchten. Die bestehende Sichtachse in nordöstlicher Richtung von der Auffahrt von der Kreisstraße M 3 über das Baudenkmal hinweg auf den Föhringer Ring und hangabwärts bis zum Umspannwerk der Stadtwerke München bleibt durch das Heizwerkgebäude unberührt. In die zwei parallel verlaufenden Baumreihen, die die Sichtachse vom Baudenkmal in Richtung Umspannwerk bzw. in Richtung Aufkirchen markieren, wird nicht eingegriffen. Das Stützheizwerk selbst wird aufgrund des auf der Böschung vorhandenen Baum- und Strauchbewuchses und aufgrund der entlang des Schotterweges geplanten Baumreihe von der Auffahrt aus nur schwer zu erkennen sein. Das neue Stützheizwerk dient vor allem zur Absicherung der Wärmeversorgung bei Ausfall der Thermalwasserförderung oder der Unterbrechung der Wärmeversorgung im Fernwärmenetz, das über die Auskopplung von Wärmemengen aus zwei geothermalen Tiefenbohrungen gespeist wird. Die drei konventionellen Kesselinheiten des geplanten Stützheizwerks werden zudem für die

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Spitzenlastabdeckung eingesetzt. Der Betrieb des Stützheizwerks kann des Weiteren bei einem weiteren Netzausbau erforderlich werden, wenn an kalten Tagen Betriebszustände auftreten, in denen die Wärmebereitstellung aus den Energiezentralen im Etzweg u. U. nicht ausreicht. Die Nutzung der Potenziale der Tiefengeothermie zur Wärme-/Stromversorgung gehört zu den Grundsätzen der Landesentwicklung. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen erneuerbarer Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen wie hier liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollten daher nach § 2 EEG 2021 die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Als Teil der Fernwärmeversorgung muss das Stützheizwerk aus technischen Gründen nahe am südlichen Ende der Hauptleitung liegen. Alternative Standorte wurden nach Darlegung der Antragstellerin intensiv geprüft. Der Gemeinde stehen jedoch außer dem Baugrundstück Fl.Nr. 1189 keine für das Stützheizwerk geeigneten Flächen zur Verfügung. Eine signifikante Verschiebung des geplanten Gebäudes an den östlichen Rand des Baugrundstücks, wie vom Bay. Landesamt für Denkmalpflege vorgeschlagen, ist laut Antragstellerin aufgrund der Notwendigkeit einer Zufahrtsstraße für die Lieferung von Betriebsmitteln in ausreichender Menge nicht möglich.

Es ist zudem von der Antragstellerin angedacht, die öffentliche Zugänglichkeit des Denkmals zu verbessern, indem eine Nutzung der geplanten Zufahrtsstraße als Wanderparkplatz an Wochenenden und Feiertagen ermöglicht wird. Das Stützheizwerksgelände wird zudem durch Eingrünungsmaßnahmen mittels Bäumen (Hochstämme), Sträuchern und Bodendeckern optisch in die umgebende Grünfläche eingebunden werden. Das aufgrund des fortschreitenden Klimawandels und der stark ansteigenden Entwicklung der Energiekosten sowie der Gasversorgungsprobleme in Folge der aktuellen geopolitischen Konflikte erhebliche öffentliche Interesse an der Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die geothermale Fernwärmeversorgung rechtfertigt unter Berücksichtigung der Alternativlosigkeit des Standorts im Ergebnis trotz der denkmalfachlichen Einwände die Zulassung des Stützheizwerks. Die Erteilung einer gesonderten denkmalschutzrechtlichen Erlaubnis entfällt nach Art. 6 Abs. 3 BayDSchG i. V. m. § 13 BImSchG.

Zudem wird durch die Erfüllung der vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung vorgeschlagenen Maßnahmen (Auflage 3.6) die Beeinträchtigung des Denkmals minimiert sowie gleichzeitig die Erlebbarkeit durch die Bevölkerung im Vergleich zur derzeitigen Situation verbessert“....

Die Pyramide als landesgeschichtlich äußerst bedeutendes Baudenkmal wird der Öffentlichkeit weiter zugänglich gemacht, denn gemäß der nach §§ 4, 19

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

BlmSchG genehmigten Unterlagen wird eine Zufahrtsstraße mit der Möglichkeit des öffentlichen Parkens vorgesehen, ein Erlebbarmachen wird somit auch künftig gewährleistet.

Bodendenkmalpflegerische Belange (zu Änderungsbereich 1 „Neues Mitterfeld)

Die Hinweise, dass bei Grabungen in der Teilfläche im Bereich Münchner Straße/Mitterfeldallee mehrere beigabenlose Körpergräber gefunden wurden und dass deshalb im Bereich der Planung Mitterfeld weitere Bodendenkmäler vermutet werden, werden zu Kenntnis genommen. Im Bay. Denkmalatlas befinden sich keine Bodendenkmäler im Geltungsbereich des Änderungsbereichs 1. Ursprünglich wurde das Gelände landwirtschaftlich und als Lehmabbaufläche für eine Ziegelei genutzt. Später erfolgte eine vielfältige gewerbliche Nutzung, bei der im südlichen Plangebiet bereits großflächige Abgrabungen erfolgten. Die genannten Bodendenkmäler wurden in ca. 500 m Entfernung in nördlicher Richtung kartiert und befinden sich demnach nicht im Änderungsbereich. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wurde in der Begründung zum Bebauungsplan BPlan Nr. 92/21 ein Kapitel zum Denkmalschutz ergänzt und auf die Schutzbestimmung hingewiesen und in der Satzung wurden zudem die Hinweise durch Text ergänzt. Auch im Umweltbericht zum Bebauungsplan BPlan Nr. 92/21 wird der Sachverhalt behandelt.

Beschluss: 22:0

Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange

Für den Änderungsbereich 3 wurde die Genehmigung nach §§ 4, 19 BlmSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL Unterföhring mit Schreiben vom 29.03.2023 von der Regierung von Oberbayern bereits erteilt und festgestellt, dass eine denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit des geplanten Stützheizwerks nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2, Abs. 1 Satz 2 BayDSchG gegeben ist. Eine Änderung der Planung ist nicht erforderlich. Die Begründung wird bezüglich der erteilten Genehmigung ergänzt.

Bodendenkmalpflegerische Belange:

Die Hinweise auf Vermutung von Bodendenkmälern und der Hinweis, dass Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß Art. 7 Abs. 1 BayDSchG bedürfen, werden zu Kenntnis genommen und im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen BPlan Nr. 92/21 berücksichtigt. Eine geänderte Planung ergibt sich daraus nicht.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Das Schreiben vom 14.08.2023 wird bekannt gegeben:

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der BN lehnt den geplanten Standort des Stützheizwerks im Grüngürtel südlich des HKW Nord und damit die Änderung des Flächennutzungsplans für diesen konkreten Bereich ab.

Aufgrund der worst case Betrachtung des Artenschutzbeitrags (Büro Schober, Dezember 2021) kann das Vorkommen von Zauneidechse, Wechselkröte und Haselmaus nicht ausgeschlossen werden. Demnach wären, wie auch im Genehmigungsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 29.03.2023 angeführt, CEF Maßnahmen notwendig gewesen. Diese waren laut Bescheid nicht umsetzbar, weswegen eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich wurde. Eine Ausnahme darf allerdings nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind. In der Begründung zur Änderung des FNP wurde jedoch keine Alternativen Prüfung dargestellt. Wir bitten dies zu ergänzen und geprüfte Alternativen detailliert darzulegen. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung bedingt zudem die Umsetzung von FCS Maßnahmen. Diese wurden im Genehmigungsbescheid der Regierung von Oberbayern festgesetzt mit Verweis auf den landschaftspflegerischen Begleitplan. Laut Genehmigungsbescheid liegen zudem weitere Pläne und ein Erläuterungsbericht zur Umsetzung der FCS Maßnahmen vor. Diese Pläne und Gutachten sind für das derzeit durchgeführte FNP Verfahren und dessen naturschutzfachliche Beurteilung relevant und müssen deshalb im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung mit ausgelegt werden. Die in der Begründung zur FNP-Änderung angeführten kurzen Zitate aus einzelnen Gutachten reichen hierfür nicht aus, da dort beispielsweise weder die Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erwähnt noch die dadurch bedingte Durchführung von FCS-Maßnahmen beschrieben wird. Auch können so die Abwägung und die Betroffenheit der Schutzgüter nicht nachvollzogen werden. Des Weiteren wird aus einem veralteten Stand des landschaftspflegerischen Begleitplans zitiert. Die Regierung von Oberbayern verweist in ihrer Genehmigung auf einen Plan vom Januar 2023, wohingegen in der Begründung zum FNP-Verfahren der Stand vom Dezember 2021 herangezogen wird. Wir bitten deshalb um die Auslegung aller relevanten umweltfachlichen Gutachten im nächsten Verfahrensschritt.

Beschluss: 22:0

Die Genehmigung nach §§ 4, 19 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL Unterföhring wurde mit Schreiben vom 29.03.2023 von der Regierung von Oberbayern bereits erteilt. Das Genehmigungsschreiben formuliert (Seite 38 ff) Anforderungen zum Naturschutz (3.11). In der Begründung zum Naturschutzrecht wird festgestellt (Seite 57 ff), dass das Vorhaben mit den Vorgaben des Naturschutzes vereinbar ist.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Im nächsten Verfahrensschritt (Änderungsbereich 3 - wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt) werden alle relevanten umweltfachliche Gutachten als Anlage zur Begründung mit ausgelegt. In der Begründung erfolgen Ergänzungen zur Alternativen Prüfung und zu relevanten Aussagen aus dem Genehmigungsbescheid.

DB Netze, DB Energie GmbH

Das Schreiben vom 07.07.2023 wird bekannt gegeben:

1. Innerhalb des Verfahrensgebietes verläuft die planfestgestellte 110-kV-Bahnstromleitung mit einem Schutzstreifen beidseits von je bis zu 30 m bezogen auf die Leitungsachse (Schutzstreifenbreite gesamt bis zu 60 m), deren Bestand und Betrieb zur Aufrechterhaltung der Bahnstromversorgung auf Dauer gewährleistet sein muss.
 2. Maßgebend ist die in der Örtlichkeit tatsächlich vorhandene Leitungstrasse.
 3. Es wird darauf hingewiesen, dass im Bereich des Schutzstreifens mit Nutzungseinschränkungen bzgl. Bauwerken bzw. baulichen Anlagen (wie z.B. Gebäude, Wege, Straßen, Brücken, Verkehrs-, Entwässerungs-, Sport-, Freizeit-, Beleuchtungs-, Lärmschutz-, Signal-, Werbe-, Leitungs- Photovoltaik- und Bewässerungsanlagen sowie Lagerstätten, -halden, Tankstellen, Energiegewinnungsanlagen, Gasverteilungsanlagen usw.) und Bepflanzungen im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten bzw. schuldrechtlicher Verträge zu rechnen ist. Für eine Spezifizierung der Einschränkungen sind konkrete Angaben über die geplanten Bauwerke bzw. baulichen Anlagen hinsichtlich ihrer Lage und Höhenentwicklung in Meter ü.NN (z.B. für Fahrbahnoberkanten, Erdoberkanten, Gebäudeoberkanten, Endwuchshöhen, Anlagenhöhen usw.) zwingend erforderlich.
 4. Die Standsicherheit der Maste muss gewahrt bleiben. Innerhalb eines Radius von 9 m um die jeweilige Mastmitte dürfen sich die Verhältnisse vor Ort nicht ändern (d.h. z.B. keine Abgrabungen, Aufschüttungen, Bohrungen, Lagerungen von Materialien, Bebauungen und Bepflanzungen, usw.).
 5. Die Zufahrt zu den Masten der 110-kV-Bahnstromleitung muss jederzeit für langsam fahrende Lkw uneingeschränkt gewährleistet sein.
 6. Einer Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern kann innerhalb des Schutzstreifens nur im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten bzw. schuldrechtlicher Verträge zugestimmt werden. Die Endwuchshöhe der Pflanzungen darf daher – ausgehend vom bestehenden Geländeniveau - in der Regel 3,50 m nicht überschreiten.
- Im Übrigen gelten die Bestimmungen gemäß DIN VDE 0105 und DIN EN 50341 in der jeweils aktuellen Fassung.
- Die in der 26. BImSchV genannten Grenzwerte für elektrische Feldstärke und magnetische Flußdichte werden für den Bereich, für den wir die Zustimmung

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zur Bebauung geben, von 110-kV-Bahnstromleitungen eingehalten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in unmittelbarer Nähe von 110-kV-Bahnstromleitungen mit Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf elektrische und magnetische Felder empfindlich reagierenden Geräten zu rechnen ist.

Abhandlung:

Innerhalb des Geltungsbereichs der FFNP-Änderung verläuft die 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 520 Karlsfeld-München Ost, Mast Nr. 1267 bis 1269 (Änderungsbereich 4) und Mast Nr. 1268 bis 1272/1 (Änderungsbereich 1). Der rechtswirksame FNP stellt die 110-kV-Bahnstromleitung als nachrichtliche Übernahme bisher mit einem Schutzstreifen beidseits von je 22,5 m bezogen auf die Leitungsachse dar. Mit Schreiben vom 07.07.2023 wird nun mitgeteilt, dass der Schutzstreifen der planfestgestellten 110-kV-Bahnstromleitung beidseits je bis zu 30 m bezogen auf die Leitungsachse (Schutzstreifenbreite gesamt bis zu 60 m) beträgt. Im Rahmen eines Telefonats am 07.01.2025 konnte geklärt werden, dass der Schutzstreifen der 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 520, Karlsfeld – München Ost variiert.

Im Rahmen einer schriftlichen Anfrage erhielt die Gemeinde mit Schreiben vom 13.01.2025 folgende Aussagen zu den Schutzstreifen:

Folgende Schutzstreifen sind in Bezug auf die Bahnstromleitung zu berücksichtigen:

- im Bereich der Masten Nr. 1268 bis 1272/1 beträgt beidseits je 18 m bezogen auf die Leitungsachse (Schutzstreifenbreite gesamt 36 m)
- im Bereich der Masten Nr. 1268 bis 1267 beträgt beidseits je 30 m bezogen auf die Leitungsachse (Schutzstreifenbreite gesamt 60 m).

Beschluss: 22:0

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen angemessen berücksichtigt. Die nachrichtliche Übernahme der Schutzstreifen der planfestgestellten 110-kV-Bahnstromleitung wird gemäß Angaben vom 13.01.2025 in der Plandarstellung angepasst.

DB AG – DB Immobilien

Das Schreiben vom 26.07.2023 wird bekannt gegeben:

Durch die Inhalte, Festlegungen und Zielsetzungen der Bauleitplanung dürfen der gewöhnliche Betrieb der bahnbetriebsnotwendigen Anlagen einschließlich der Maßnahmen zur Wartung und Instandhaltung sowie Maßnahmen zu Umbau, Erneuerung oder ggf. notwendiger Erweiterungen keinesfalls verzögert, behindert oder beeinträchtigt werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wir weisen darauf hin, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder, etc.) entstehen, die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.

Innerhalb des Geltungsbereichs der FNP-Änderung verläuft die 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 520 Karlsfeld-München Ost, Mast Nr. 1267 bis 1269 (Änderungsbereich 4) und Mast Nr. 1268 bis 1272/1 (Änderungsbereich 1). Die beigefügte Stellungnahme der DB Energie GmbH vom 07. 07. 2023 ist zu beachten.

Bei der Ausweisung von Grünflächen ist zu beachten, dass bei Bepflanzungen in der Nähe von Bahnstrecken der Abstand und Art der Bepflanzung entlang der Bahnstrecke so gewählt werden muss, dass diese bei Windbruch nicht in die Gleisanlagen fallen können. Der Mindestpflanzabstand zur nächstliegenden Gleisachse ergibt sich aus der Endwuchshöhe und einem Sicherheitsabstand von 2,50 m (siehe auch nachfolgende Skizze).

Wir bitten zu beachten, dass zur Vermeidung von Gefahren aus und für den Bahnbetrieb die Einhaltung von Schutzabständen zwingend erforderlich ist. Die notwendigen Schutzabstände können erst dann definiert werden, wenn die genauen Baugrenzen und die Maße von geplanten baulichen Anlagen bekannt sind.

Hinweise für Bauten nahe der Bahn

Bei Bauarbeiten in Bahnnähe sind Sicherheitsauflagen aus dem Eisenbahnbetrieb zu beachten. Die Einholung und Einhaltung dieser Sicherheitsauflagen obliegen dem Bauherrn im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht. Zur Abstimmung der Sicherung gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb sind die Bauantragsunterlagen der DB AG (Eingangsstelle DB Immobilien) vorzulegen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und wurden bzw. werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen angemessen berücksichtigt. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Eisenbahn-Bundesamt

Das Schreiben vom 31.07.2023 wird bekannt gegeben:

Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der 1. Änderung des Flächennutzungsplans – Teil B berührt, da das Planungsgebiet teilweise unmittelbar an die vorbeiführenden Bahnlinien 5556 Johanneskirchen – Flughafen bzw. 5560 Steinwerk – Waldtrudering angrenzt. Bei Beachtung

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

folgender Hinweise, die grundsätzlich für alle 5 Änderungsbereiche der 1. FNP-Änderung – Teil B gelten, bestehen allerdings keine Bedenken.

- 1.) Grundsätzlich ist zu beachten, dass durch die Festlegungen im Flächennutzungsplan und die daraus resultierenden Bebauungspläne, der Schienenverkehr und damit auch die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nicht gefährdet werden darf.
- 2.) Die vom gewöhnlichen Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen, wie insbesondere aus Schall, elektromagnetischer Strahlung und Erschütterung sind hinzunehmen. Entsprechende Vorkehrungen zur Bewältigung etwaiger Konflikte sind im Rahmen des jeweiligen Bebauungsplans zu treffen.
- 3.) Gemäß den zugesandten Unterlagen ist ersichtlich, dass die 110-kV-Bahnstromleitungen der DB Energie GmbH, Nr. 0520 Mü Pasing – Mü Ost sowie Nr. 0521 Mü Ost – Aufkirchen und deren Schutzzonen durch das Planungsgebiet verlaufen. Aufgrund dessen ist Folgendes zu beachten: Bei geplanten Baumaßnahmen darf die Standsicherheit der Bahnstromleitungsmasten durch evtl. durchzuführende Ausgrabungen/Bodenabtragungen in keinem Fall gefährdet werden. Im Zusammenhang mit der baulichen Nutzung (hier Ausweisung als Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO) sollte darauf hingewiesen werden, dass von der 110-kV-Bahnstromleitung Beeinträchtigungen durch elektromagnetische Beeinflussung auftreten können. Störende Einflüsse auf technische Einrichtungen (EDV-Anlagen und Monitore, medizinische und wissenschaftliche Apparate o.ä.) können im Bereich einer beabsichtigten Unterbauung des Schutzstreifens der Leitung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Baumaßnahmen die innerhalb des Schutzstreifens der 110-kV-Bahnstromleitung durchgeführt werden, sind mit dem Leitungsbetreiber, hier der DB Energie GmbH, über die Koordinierungsstelle der DB AG zuvor abzustimmen.
- 4.) Generell ist zu beachten, dass Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes i. S. d. § 18 AEG, zu denen gem. § 4 Abs. 1 EBO neben den Schienenwegen auch Grundstücke, Bauwerke und sonstige Einrichtungen gehören, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zur Abwicklung oder Sicherung des Reise- oder Güterverkehrs auf der Schiene erforderlich sind, unter der Fachplanungshoheit des Eisenbahn-Bundesamtes (§ 38 BauGB) stehen. Zu beachten ist, dass diese für den Eisenbahnbetrieb notwendigen Flächen der Bahn nicht überplant werden dürfen. Grundsätzlich gilt für den Übergang von Bahnflächen, die für Bahnbetriebszwecke entbehrlich sind und in die Planungshoheit der Gemeinde übergehen sollen, dass solche Flächen von der Bahnbetriebsanlageneigenschaft freizustellen sind (vgl. § 23 AEG). Dies erfolgt durch das Eisenbahn-Bundesamt nach entsprechender Antragstellung durch den Eigentümer oder die zuständige Gemeinde. Das Eisenbahn-Bundesamt verfügt über kein Verzeichnis sämtlicher Bahnbetriebsanlagen. Nach den

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

vorliegenden Unterlagen lässt sich nicht sicher ausschließen, dass der Planumgriff auch Betriebsanlagen einer Eisenbahn des Bundes mit umfassen könnte. Ich bitte deshalb, im Rahmen der Beteiligung der Betreiber der Betriebsanlagen (siehe unten) auf diesen Punkt hinzuweisen und diesbezüglich eine Aussage einzuholen. Sofern die Betriebsanlage einer Eisenbahn des Bundes vorliegen sollte, kann die betroffene Fläche – wie erwähnt – erst nach Freistellung von Bahnbetriebszwecken gem. § 23 AEG überplant werden. Zudem ist speziell im Änderungsbereich 1 nachfolgender Hinweis zu beachten: Da nördlich in das Flurstück 179 vermutlich ein Industriegleis (Privatgleisanschluss) ragt, bitte ich Sie – falls dies noch nicht geschehen –, auch die hierfür zuständige Regierung von Oberbayern zu beteiligen. Weiterhin ist speziell im Änderungsbereich 4 nachfolgender Hinweis zu beachten:

In dem Planungsgebiet befindet sich ein Strommast, bei dem es sich vermutlich um eine Eisenbahn-Betriebsanlage handelt, die unter keinen Umständen überplant werden darf. Siehe hierzu auch die ausführliche Erläuterung des o. g. Punkt 4 der grundsätzlichen Hinweise. An dieser Stelle verweise ich auch auf den „Leitfaden zum Umgang mit Flächen unter Fachplanungsvorbehalt“, der auf der Webseite des Eisenbahn-Bundesamtes einsehbar ist.

Ergänzend wird darum gebeten, den Strommast im aktuellen Flächennutzungsplan farblich – analog zur Darstellung der Bahngleise – als Eisenbahn-Betriebsanlage zu kennzeichnen.

Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnstromfernleitungen prüft.

Abhandlung:

Zu Änderungsbereich 1: Die Planung gefährdet den Schienenverkehr sowie die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nicht. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung für den Änderungsbereich 1 (BPlan Nr. 92/21) wurden die Emissionen durch Schall, elektromagnetischer Strahlung und Erschütterung gutachterlich untersucht und es werden schalltechnische Maßnahmen getroffen, die gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Plangebiet gewährleisten. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung für den Änderungsbereich 1 (BPlan Nr. 92/21) erfolgte auch eine Untersuchung der elektromagnetischen Felder, die zu dem Ergebnis kam, dass die Grenzwerte gemäß 26. BImSchV in jeder Höhe eingehalten werden. Eine Unterbauung des Schutzstreifens ist im Geltungsbereich des BPlans Nr. 92/21 nicht vorgesehen. Das bisher noch bestehende Industriegleis im Bereich Fl.Nr. 179 wird im Zuge der neuen Planung für das „Neue Mitterfeld“ beseitigt. Ein Antrag auf Freistellung von Bahnbetriebsanlageneigenschaft für das Privatgleis wurde bereits an die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, gestellt. Darüber hinaus

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wurde bei der Regierung von Oberbayern ein Antrag der HVI auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG für die Flurstücke 179, 179/6 bis 179/11 gestellt. Die Freistellung und Entwidmung erfolgte mit Bescheid vom 31.01.2024.

Zu Änderungsbereich 4: Die Hinweise auf den Strommast im Änderungsbereich 4 werden zur Kenntnis genommen und wurden bereits im Rahmen des BPlans Nr. 73c/20 beachtet. Eine flächige Darstellung der Strommasten - analog zur Darstellung der Bahngleise - ist im Maßstab des Flächennutzungsplanes plangrafisch nicht möglich (Maßstab = 1:5.000). Die Darstellung der Stromleitung mit Schutzstreifen erfolgt nachrichtlich im FNP.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen und weiterer Planungsschritte angemessen berücksichtigt. Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst, eine flächige Darstellung der vorhandenen Strommasten ist plangrafisch (Maßstab = 1:5.000) nicht möglich. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Gemeinde Ismaning

Das Schreiben vom 14.07.2023 wird bekannt gegeben:

Aus der Mitte des Gremiums wurde für die nächste Beteiligungsrunde (nach § 4 Abs. 2 BauGB) gebeten, z.B. bei der Änderung zum „Neuen Mitterfeld“ die Ausführungen um Angaben zur Zahl der geplanten Wohneinheiten bzw. ungefähren hinzukommenden Einwohnerzahl zu ergänzen.

Bezüglich des sog. „Stützheizkraftwerks für die GEOVOL“ wurden noch Informationen zur Art des zum Einsatz kommenden Brennstoffs vermisst. Es erfolgte im Übrigen leider auch keine Nachbarbeteiligung im Rahmen des erwähnten BlmSch-Genehmigungsverfahrens, wonach bereits eine Bau- und Betriebsgenehmigung erteilt worden sei.

Beschluss: 22:0

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die städtebauliche Begründung zu Änderungsbereich 1 wird für den nächsten Verfahrensschritt um Angaben zur Zahl der geplanten Wohneinheiten ergänzt (gemäß BPlanentwurf Nr. 92/21 in der Fassung vom 10.10.2024 sind ca. 1.200 Wohneinheiten geplant).

Da im Rahmen des BlmSch-Genehmigungsverfahrens zum „Stützheizkraftwerk GEOVOL“ (Änderungsbereich 3) die Regierung die Gemeinde Ismaning nicht beteiligt hat, wird die städtebauliche Begründung zu Änderungsbereich 3 ergänzt um Aussagen zur Art des zum Einsatz kommenden Brennstoffs im „Stützheizkraftwerk“ für den nächsten Verfahrensschritt (Anmerkung: wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt).

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 31.07.2023 wird bekannt gegeben:

1. Wir bitten die Gemeinde, für die Änderungsbereiche das Planzeichen - entsprechend 15.13 PlanZV - wie bei den Bebauungsplänen zu verwenden, da die Farbe hellblau im Kontext der farbigen Gesamtdarstellung des FNPs nicht gut erkennbar ist. Auch sollte die Nummerierung der Änderungsbereiche soll verdeutlicht werden.
2. Änderungsbereich 1:
In der Begründung (Seite 17, Ziffer 4. 1 Abs. 1) wurde der Änderungsbereich u. a. durch die Fl.Nrn. beschrieben. Nach u. E. umfasst der Bereich, auch die Fl.Nrn. 179/9 und 179/10. Wir bitten um Überprüfung.
3. Änderungsbereich 2:
Die Altlastenverdachtsfläche (UF_AS11) soll nach der Begründung (S. 30 Abs. 1) nachrichtlich im FNP mit aufgenommen werden. Wir bitten um Überprüfung, da die Fläche in den Planunterlagen nicht mit aufgenommen wurde. Wir weisen darauf hin, dass es sich hier um eine Kennzeichnung handelt.
4. Änderungsbereich 3: Sofern das Stützheizkraftwerk wirksam dargestellt werden soll, ist das entsprechende Planzeichen -SO-Stützheizkraftwerk in der Legende aufzunehmen.
5. Wir bitten auch um eine genauere Darstellung/Aussage, ob sich die Basispyramide innerhalb des Änderungsbereiches Nr. 3 befindet.
6. Änderungsbereich 4: Innerhalb dieses Bereiches gibt es nach unseren Informationen eine Altlastenverdachtsfläche. Wir bitten um Überprüfung und ggfs. Ergänzung in der Begründung.
7. Bodendenkmäler werden im näheren Umfeld vom Änderungsbereich 4 nicht vermutet (vgl. Begründung. Seite 39 Ziffer 7.6). In der Planzeichnung wurde aber das Bodendenkmal (01-7835-0286) dargestellt. Wir bitten Überprüfung.
8. Änderungsbereich 5: Im zweiten Absatz auf Seite 5 wäre das Wort "Feuerwehrübungsplan" in "Feuerwehrübungsplatz" zu korrigieren.
9. In der Abbildung 26 (Ziffer 8.2 der Begründung) ist der Änderungsbereich 5 und nicht 4 dargestellt.
10. In der Begründung werden u. a. auf den Seiten 12 und 17 Sachverhalte aus der Gemeinde Putzbrunn" beschrieben. Wir bitten um Berichtigung in der Begründung.
11. Im nächsten Verfahrensschritt ist den Unterlagen ein Umweltbericht beizulegen.

Beschluss: 22:0

Zu 1. Die Planzeichnung wird auf Wunsch des Landratsamtes geändert und entsprechend 15.13 PlanZV: die Abgrenzung der Änderungsbereiche künftig –

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

statt in hellblau in schwarz dargestellt (allerdings weniger gut erkennbar wie bisher mit der blauen Linie). Die Nummerierung der Änderungsbereiche wird vergrößert.

Zu 2. Änderungsbereich 1:

Die Begründung (Seite 17, Ziffer 4. 1 Abs. 1) wird um die Fl.Nrn. 179/9 und 179/10 ergänzt.

Zu 3.: Änderungsbereich 2 (wird als gesondertes Verfahren - Teil C weitergeführt)

Die Altlastenverdachtsfläche (UF_AS11) ist bereits in der Plandarstellung enthalten und als Kennzeichnung in der Legende vermerkt (unverändert gegenüber rechtswirksamen FNP i.d.F. vom 10.04.2019). Eine Änderung der Plandarstellung ist nicht erforderlich.

Zu 4. Änderungsbereich 3 (wird als gesondertes Verfahren - Teil C weitergeführt)

Das Stützheizkraftwerk der GEOVOL wird als Fläche für Versorgungsanlage neu dargestellt und nicht als Sondergebiet. Die Legende wird im nächsten Verfahrensschritt (gesondertes Verfahren - Teil C) unter Fläche für Versorgungsanlage mit dem Textzusatz "GEOVOL Stützheizkraftwerk" ergänzt.

Zu 5. Die Basispyramide befindet sich nicht innerhalb des Änderungsbereiches 3. Der Änderungsbereich 3 wird neu gemäß dem Genehmigungsplan, KESS GmbH, in der Plandarstellung abgegrenzt.

Zu 6. Änderungsbereich 4:

Im Zuge der Bauausführung des Neubaus Feuerwehrrgerätehaus mit Wohnnutzung erfolgte bereits ein flächiger Eingriff (Gebäudeneubau, Außenanlagen, befestigte Flächen, Versickerungsanlagen etc.), bei dem alle schadstoffverdächtige Auffüllböden vollständig ausgehoben und entsorgt wurden. Dabei wurde beachtet, dass das Grundstück eine Altlastenverdachtsfläche darstellt (Katasternr. 18400827 im Altlasten-, Bodenschutz und Dateninformationssystem des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, kurz ABU-DIS). Das Büro mplan eG hat mit dem Bericht vom 27.11.2023 auf Basis der im Bericht dokumentierten Bodenanalysewerte den Austrag aus dem Altlastenkataster beantragt. Eine Ergänzung der Planunterlagen ist somit nicht mehr erforderlich.

Zu 7. Änderungsbereich 4:

Bodendenkmäler werden im näheren Umfeld vom Änderungsbereich 4 nicht vermutet (vgl. Begründung, S. 39 Ziffer 7.6). Die Planzeichnung wird korrigiert und die Kennzeichnung des Bodendenkmals (01-7835-0286) entfernt, da hierzu nichts mehr in der Denkmalliste enthalten ist.

Zu 9. Die Abbildung 26 in der Begründung (Ziffer 8.2) wird für den Änderungsbereich 4 ausgewechselt.

Zu 8. Änderungsbereich 5: Die Begründung wird von "Feuerwehrrübungsplan" in "Feuerwehrrübungsplatz" korrigiert.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 10. In der Begründung werden die Sachverhalte aus der Gemeinde Putzbrunn entfernt.

Zu 11. Im nächsten Verfahrensschritt der 1. Änderung des Flächennutzungsplans Teil B (künftig nur noch Änderungsbereichen 1, 4 und 5) wird den Planunterlagen ein Umweltbericht beigelegt.

Landratsamt München – Immissionsschutz und staatliches Abfallrecht

Das Schreiben vom 17.07.2023 wird bekannt gegeben:

Änderungsbereich 1 – Sondergebiet und Wohnbaufläche „Neues Mitterfeld“
Für diesen Bereich fand am 27. 04.23 ein Vorgespräch (Abstimmungsgespräch) im Landratsamt mit Blick auf die konkrete Bauleitplanung (BPlan Nr. 92/21.) statt, es gibt ein Protokoll hierzu. Im Rahmen dieses Vorgesprächs wurden u. a. immissionsschutzrechtliche bzw. -fachliche Eckpunkte erörtert und festgehalten.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung soll die gesamte Änderungsfläche 1 mit dem Planzeichen Nr. 15. 6 - Anlage zur Planzeichen-Verordnung – umrandet werden, nicht nur die im Westen dargestellte SO-Fläche (großflächiger Einzelhandel, Wohnen, etc.). Auf das Plangebiet wirken verschiedene Emittenten (vorwiegend Verkehrslärm, aber auch gewerbliche/industrielle Emittenten, ggf. Sport und Freizeitlärm) in unterschiedlichen Bereichen ein, so dass, ohne nähere Kenntnis über Art und Höhe der Immissionen, der Änderungsbereich 1 umfänglich gekennzeichnet werden soll (vgl. auch § 5 Abs. 2 Nr. 6 BauGB).

Unter Nr. 4. 3 auf Seite 25 der Begründung steht, dass in der verbindlichen Bauleitplanung sog. "immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel" festgesetzt werden sollen. U. E. ist dies hier nicht sachgerecht, nicht zielführend und auch kaum praktikabel (es gibt auch mehrere Urteile, was das Gliedern von Baugebieten betrifft ...). Für die Wohnbaufläche wie auch die SO-Fläche ist eine Gliederung i. S. von § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO nicht vorgesehen bzw. rechtlich bedenklich (§ 1 Abs. 3 BauNVO). Die dargestellten Gebietskategorien Wohnbaufläche und Sondergebiet mit selbstredenden bzw. geplanten Nutzungen können u. E. nebeneinander angeordnet werden, lärmintensivere Nutzungen sollten eben dann nicht unmittelbar auf Seite der Wohnbebauung angesiedelt werden, oder aber Maßnahmen des aktiven/passiven Lärmschutzes eingeplant werden. Detailliertere Betrachtungen in dieser Hinsicht sind aber erst in den nachgeordneten Verfahren -Bebauungsplan bzw. Bauvollzug angesagt. Die Aufzählung unter Nr. 4.5 Immissionsschutz ist nicht vollständig, dieses Thema wurde aber schon indem eingangs erwähnten Vorgespräch detaillierter erläutert. Ungeachtet einer konkreten Bewertung, wirken auf das Plangebiet z.B. auch das im Süden befindliche MHKW sowie ggf. auch das unmittelbar östlich per Bebauungsplan festgesetzte Gebiet für Sportanlagen (bei

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Realisierung) ein. Ferner kann im Nahbereich von Gleisanlagen auch das Thema Erschütterungen eine Rolle spielen (Gutachten Bauleitplanung). Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der 1. Änderung des Flächennutzungsplans – Teil B berührt, da das Planungsgebiet teilweise unmittelbar an die vorbeiführenden Bahnlinien 5556 Johanneskirchen – Flughafen bzw. 5560 Steinwerk – Waldtrudering angrenzt.

Änderungsbereich 2 - Sondergebiet 1 Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien und SO 2 Umspannanlage
Das Heizkraftwerk (HKW) bzw. Müllheizkraftwerk (MHKW) befindet sich einschl. der zugehörigen Nebeneinrichtungen und Infrastruktur innerhalb des künftigen Areals Sondergebiet 1. Die Anlagen sind immissionsschutzrechtlich (unbefristet) genehmigt, Genehmigungsbehörde ist die Regierung von Oberbayern, die Anlagen haben Bestandsschutz, Betreiber sind die Stadtwerke München (SWM). Innerhalb des Bestandsschutzes sind auch z. B. "bestandsgeschützte" Änderungen, Erweiterungen zulässig, wenn sie für den Betrieb der Anlagen, z.B. aus wirtschaftlichen Gründen (in einem bestimmten Rahmen) oder aber z.B. zur Angleichung der Anlagen an den Stand der Technik notwendig sind. Das Heizkraftwerk bzw. Müllheizkraftwerk besteht im Kern aus drei Feuerungsanlagen, wovon in den Blöcken 1 und 3 Abfälle (aus Haushaltungen) verbrannt, d. h. entsorgt wie auch thermisch verwertet werden. In Block 2 werden bislang fossile Brennstoffe verfeuert. Die gesamte Anlage hat eine öffentliche Funktion (Versorgung mit Strom und Wärme), insbesondere, auch die einer Abfallentsorgung. Bislang kam diese Zweckbestimmung im Tenor des Flächennutzungsplanes auch zum Ausdruck: Sondergebiet "Heizkraftwerk Nord mit Müllverbrennungs- und Umspannanlage".

Im jetzigen Tenor "Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien" kommt für das Sondergebiet 1 die auch weiterhin vorhandene Nutzung (Zweckbestimmung) der - im weiteren Sinne - Abfallentsorgung nicht mehr vor". Wir bitten zu prüfen, ob nicht der Tenor des SO 1 der künftigen tatsächlichen Nutzung und Zweckbestimmung des Plangebietes näher anzugleichen wäre, und auch z.B. den Begriff "Abfallentsorgung" enthalten sollte (auch wenn dieser u. U. nicht nur positiv besetzt sein sollte). Gleiches würde, nebenbei bemerkt, auch für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 91/2020 gelten.

Redaktionelles

In Kapitel 3. 2 auf S. 12 der Begründung haben sich Übertragungsfehler eingeschlichen, hier ist z.B. von einem Bürgerpark zwischen Putzbrunn-Ort und Waldkolonie..... oder einer Nachfrage junger Familien aus Putzbrunn..... die Rede.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Abhandlung:

Zu Änderungsbereich 1 – Sondergebiet und Wohnbaufläche „Neues Mitterfeld“

Auf den Änderungsbereich 1 „Neues Mitterfeld“ wirken die Verkehrsräusche, Gewerbe- sowie Sportgeräusche der umliegenden Anlagen ein. Zudem wirkt sich das Bauvorhaben auf die Verkehrs- und Gewerbe- und Sportgeräuschesituation in der Nachbarschaft aus. In einer schalltechnischen Untersuchung im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, dokumentiert im Müller-BBM Bericht Nr.

168966/06 vom 15.11.2024, wurden zwischenzeitlich

- die auf das Planungsgebiet einwirkenden Verkehrsräusche (Straße und Schiene) nach der DIN 18005, in Verbindung mit der 16. BImSchV ermittelt und beurteilt,
- der dem Bauvorhaben zuzurechnende Verkehr in der Nachbarschaft berechnet und beurteilt,
- die mögliche bauliche Änderung an der Münchner Straße nach der 16. BImSchV untersucht und beurteilt,
- die auf das Planungsgebiet einwirkenden Gewerbe- und Sportgeräusche sowie die vom Planungsgebiet ausgehenden Gewerbe- und Sportgeräusche nach der TA Lärm untersucht,
- die auf das Planungsgebiet einwirkenden Sport- und Freizeitgeräusche im Planungsgebiet nach der 18. BImSchV ermittelt und beurteilt und
- die von den geplanten Wohntiefgaragen und oberirdischen Besucher-Stellplätzen im Planungsgebiet ausgehenden Geräusche untersucht.

Die schalltechnische Untersuchung liegt dem BPlan Nr. 92/21 als Anlage bei.

Beschluss: 22:0

Zu Änderungsbereich 1 – Sondergebiet und Wohnbaufläche „Neues Mitterfeld“

Die Plandarstellung wird geändert und die gesamte Änderungsfläche 1 mit dem Planzeichen Nr. 15. 6 - Anlage zur Planzeichen-Verordnung – umrandet, da auf das Plangebiet verschiedene Emittenten (vorwiegend Verkehrslärm, aber auch gewerbliche/industrielle Emittenten, ggf. Sport und Freizeitlärm) in unterschiedlichen Bereichen einwirken.

In der Begründung (Kapitel 4. 3) entfällt künftig die Aussage, dass in der verbindlichen Bauleitplanung sog. "immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel" festgesetzt werden sollen.

Die Begründung (Kapitel 4.5 Immissionsschutz) wird um Aussagen ergänzt, dass auf das Plangebiet auch das im Süden befindliche MHKW sowie auch das unmittelbar östlich per Bebauungsplan festgesetzte Gebiet für Sportanlagen einwirkt, sowie um Aussagen, dass im Nahbereich der Gleisanlagen das Thema Erschütterungen eine Rolle spielen kann. Die Begründung wird ergänzt um den

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Hinweis auf die schalltechnische Untersuchung im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, dokumentiert im Müller-BBM Bericht Nr. 168966/06 vom 15.11.2024.

Der Hinweis, dass die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes von der 1. Änderung des Flächennutzungsplans – Teil B berührt ist, wird zur Kenntnis genommen, das Eisenbahn-Bundesamt ist am Verfahren beteiligt und hat im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens eine Stellungnahme mit Schreiben vom 22.09.2023 abgegeben.

Zu Änderungsbereich 2 - Sondergebiet 1 Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien und SO 2 Umspannanlage - wird als gesondertes Verfahren Teil C weitergeführt

Eine Behandlung der Stellungnahme zum Änderungsbereich 2 steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 91/2020. Da es hierzu noch umfangreiche Gutachten und Abstimmungen braucht wird die Abwägung der Inhalte der Stellungnahme der Stadtwerke zu diesem Änderungsbereich vertagt. Der Änderungsbereich 2 wird als gesondertes Verfahren - Teil C zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt.

Zu Redaktionelles:

Die Übertragungsfehler in der Begründung werden redaktionell beseitigt.

Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten (UNB)

Das Schreiben vom 09.08.2023 wird bekannt gegeben:

Auf Seite 8 der Begründung zum FNP ist aufgeführt, dass der Änderungsbereich 5 im Süden an Bannwald angrenzt. Dem kann nicht gefolgt werden. Auch eine Äußere Ottobrunner Straße ist der unteren Naturschutzbehörde in Unterföhring nicht bekannt. Ebenso wenig eine Waldkolonie. Auf Seite 12 Abs. 4 ist von der Oedenstockach die Rede ... Hier sind redaktionelle Korrekturen erforderlich.

Die untere Naturschutzbehörde begrüßt den Leitsatz der Gemeinde „innen vor außen“ mit dem eine Nachverdichtung vorrangig angestrebt wird. Im Änderungsbereich 2 sind der unteren Naturschutzbehörde Vorkommen von Zauneidechsen und Wechselkröte bekannt (ASK-Punkt). Diese sollten auf Seite 29 der Begründung entsprechend aufgenommen werden. In den nachfolgenden Verfahren sind diese Arten zu berücksichtigen.

Änderungsbereich 3: Im Rahmen des Immissionsschutzverfahrens zum Stützheizkraftwerk sind verschiedene FCS-Maßnahmen umgesetzt worden für die Arten der Zauneidechsen, Haselmaus und Wechselkröte. Der Ausgleich und die Umsetzung der Artenschutzmaßnahmen erfolgen teilweise vor Ort oder auf der FINr. 1004, Gemarkung Unterföhring.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 5: im Rahmen der Bauleitplanung wurden für die Zauneidechse CEF-Maßnahmen auf den Fl.Nrn. 881 und 887/2, Gemarkung Unterföhring umgesetzt. Ebenfalls als CEF-Maßnahme wurde ein Laichgewässer für Amphibien angelegt.

Beschluss: 22:0

Die Übertragungsfehler in der Begründung werden redaktionell beseitigt. Die Hinweise der unteren Naturschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen. Die Begründung zum Änderungsbereich 2 (wird als gesondertes Verfahren - Teil C weitergeführt) wird ergänzt, um die Aussagen zu Vorkommen von Zauneidechsen und Wechselkröte (ASK-Punkt). Diese werden in nachfolgenden Verfahren berücksichtigt.

Die Begründung zum Änderungsbereich 3 (wird als gesondertes Verfahren - Teil C weitergeführt) wird ergänzt um die verschiedenen FCS-Maßnahmen für die Arten der Zauneidechsen, Haselmaus und Wechselkröte, die umgesetzt worden sind.

Die Begründung zum Änderungsbereich 5 wird ergänzt um Aussagen zu den CEF-Maßnahmen.

Regierung von Oberbayern

Das Schreiben vom 05.08.2023 wird bekannt gegeben:

Änderungsbereich 1) Sondergebiet und Wohnbaufläche - „Neues Mitterfeld“
Das Planungsgebiet befindet sich gemäß Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ des Regionalplans der Region München in einem Hauptsiedlungsbereich. Diese Flächen kommen für die Siedlungsentwicklung besonders in Betracht (vgl. RP 14 B II G 2.1). Die Bauleitplanung trägt dem Ziel 3.2 des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms (LEP) Rechnung, wonach in Siedlungsgebieten die vorhandenen Potenziale der Innenentwicklung möglichst vorrangig zu nutzen sind. Die Planung kann daher einen Beitrag zu einer freiraumschonenden Siedlungsentwicklung leisten und ist aus landesplanerischer Sicht zu begrüßen. Vor dem Hintergrund von LEP 3.1 (G) wird gebeten, im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung möglichst flächensparende Siedlungs- und Erschließungsformen vorzusehen. Im vorliegenden Änderungsbereich ist ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Großflächiger Einzelhandel, Wohnen, Schank- und Speisewirtschaften, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke sowie Dienstleistungen, Büros und Praxen“ vorgesehen. Die einzelhandelsbezogenen raumordnerischen Erfordernisse LEP 5.3.1 Z, 5.3.2 Z und 5.3.3. Z werden von uns im Zuge des Bebauungsplanverfahrens überprüft und bewertet.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 2) Sondergebiet 1 „Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien“ und Sondergebiet 2 „Umspannanlage“
Das Planungsgebiet befindet sich gemäß Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ des Regionalplans der Region München in einem Hauptsiedlungsbereich. Diese Flächen kommen für die Siedlungsentwicklung besonders in Betracht (vgl. RP 14 B II G 2.1). Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen (LEP 6.2.1 (Z)). Die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien [...] sollen geschaffen werden (Art. 6 Abs. 2 Nr. 4 BayLplG). Den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden, insbesondere durch [...] die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien [...] (LEP 1.3.1 (G)). Die Planung trägt den Anforderungen des Klimaschutzes sowie den landesplanerischen Festlegungen zur verstärkten Nutzung und Erschließung erneuerbarer Energien somit grundsätzlich Rechnung.

3) Fläche für Versorgungsanlage: Stützheizwerk GEOVOL

Das Planungsgebiet befindet sich gemäß Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ des Regionalplans der Region München in einem Hauptsiedlungsbereich. Diese Flächen kommen für die Siedlungsentwicklung besonders in Betracht (vgl. RP 14 B II G 2.1). Die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Energie ist durch den im überragenden öffentlichen Interesse liegenden und der öffentlichen Sicherheit dienenden Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur sicherzustellen und hat klimaschonend zu erfolgen (LEP 6.1.1 Z).

4) Sondergebiet „Feuerwehr und Wohnen“

Das Planungsgebiet befindet sich gemäß Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ des Regionalplans der Region München in einem Hauptsiedlungsbereich. Diese Flächen kommen für die Siedlungsentwicklung besonders in Betracht (vgl. RP 14 B II G 2.1).

5) Fläche für Gemeinbedarf „Wertstoffhof, Feuerwehrübungsplatz und Bauhof“
Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan ist der Änderungsbereichs 5 bereits als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Feuerwehrübungsplatz und Wertstoffhof“ dargestellt. Die Berichtigung ergibt nun die neue Darstellung als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Wertstoffhof, Feuerwehrübungsplatz und Bauhof“. Durch die Änderung der Zweckbestimmung sowie der damit verbundenen Nutzungsänderungen sind keine erheblichen Veränderungen auf die Auswirkungen bzgl. der Funktionen des Regionalen Grünzugs Nr.: 12 „Grüngürtel Flughafen München / Erdinger Moos / Aschheimer Speichersee / Grüngürtel München-Nordost“ anzunehmen. Die höhere Landesplanungsbehörde hat zum geplanten Bauhof bereits im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zwei grundsätzlich positiv lautende Stellungnahmen abgegeben und dabei die Planung am Standort auch insbesondere bzgl. der Funktionen des Grünzugs als unproblematisch

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bewertet (s. Stellungnahmen vom 07.08.2020 sowie 17.12.2020 zu Bebauungsplan Nr. 90/19).

Ergebnis:

Die o.g. Bauleitplanung ist aus landesplanerischer Sicht als raumverträglich zu bewerten.

Die Hinweise und Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen und werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen angemessen berücksichtigt. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

SWM Services GmbH

Das Schreiben vom 10.08.2023 wird bekannt gegeben:

Die Stadtwerke München GmbH bzw. deren Tochtergesellschaften (nachfolgend zusammen "SWM") betreiben im räumlichen Umgriff des Planungsgebiets diverse Energieanlagen. Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplanes betreibt die Gemeinde Unterföhring ein Bauleitplanverfahren für den BPlan Nr. 91/2020 „Energieerzeugung Unterföhring Süd“ westlich der Bahnlinie S-8, nördlich der Kreisstraße M3/Föhringer Ring (St 20889), östlich der Münchner Straße/Ringstraße und südlich der Moosstraße. Zu diesem Entwurf hat die SWM am 25.05.2022 bereits Stellung genommen.

Aus Sicht der SWM ist eine Überarbeitung des Vorentwurfs des Flächennutzungsplans erforderlich, um den schutzwürdigen Belangen der SWM gerecht zu werden. Im Einzelnen nimmt die SWM wie folgt Stellung:

Änderungsbereich 1: Sondergebiet und Wohnbaufläche - „Neues Mitterfeld“
Mit dem Änderungsbereich 1, der neuen Wohnbaufläche – „Neues Mitterfeld“, nähert sich eine Wohnbebauung planerisch dem Standort HKW-Nord. Damit treten potenzielle Konflikte mit der Errichtung und dem Betrieb bestehender sowie künftiger Anlagen auf dem Standort HKW-Nord auf (insbesondere in schalltechnischer Hinsicht). Diesen möglichen Konflikten ist auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ausreichend Rechnung zu tragen. Insbesondere muss die heranrückende Wohnbebauung auf die vom HKW-Nord ausgehenden Schallemissionen Rücksicht nehmen. Die betreffende Fläche ist daher nicht als reines, sondern allenfalls als allgemeines Wohngebiet einzustufen (wie die umliegenden Wohnbauungsflächen).

Der beabsichtigten Flächennutzungsplanung muss daher in der vorliegenden Form widersprochen werden.

Änderungsbereich 2: Sondergebiet 1 „Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien“ und Sondergebiet 2 „Umspannanlage“
Bezüglich des Änderungsbereichs 2 betreibt die Gemeinde Unterföhring ein Bauleitplanverfahren für den BPlan Nr. 91/2020 „Energieerzeugung

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Unterföhring Süd“ westlich der Bahnlinie S-8, nördlich der Kreisstraße M3/Föhringer Ring (St 20889), östlich der Münchner Straße/Ringstraße und südlich der Moosstraße. Zu diesem Entwurf hat die SWM am 25.05.2022 bereits Stellung genommen. Auf diese Stellungnahme wird verwiesen. Mit Blick auf den Vorentwurf des Flächennutzungsplans ist (ergänzend) auf Folgendes hinzuweisen:

1. Auf die Aufteilung des Sondergebiets in zwei Teilgebiete ist zu verzichten (namentlich aus Gründen der Nutzungsflexibilität vor dem Hintergrund unbekannter zukünftiger Entwicklungen und Bedarfsanforderungen).
2. Wie bereits in der Stellungnahme der SWM vom 25.05.2022 dargelegt, ist es erforderlich, dass auch Anlagen zur Herstellung von Wasserstoff oder anderen grünen Gasen oder Kraftstoffen sowie elektrische Energiespeicher und Erzeuger (Batteriespeicher, Wärmepumpen, Power-to-Heat-Anlagen) planerisch zulässig sein müssen.
3. Die Aussage, dass „Block 2 [...] mit Steinkohle als Regelbrennstoff und mit Erdgas befeuert [wird]“, ist dahingehend zu präzisieren, dass Block 2 des HKW Nord für eine Feuerung wahlweise mit Steinkohle oder Erdgas planfestgestellt ist.
4. Der Gleisanschluss dient nicht nur der Anlieferung von Kohle. Über den Gleisanschluss werden neben Kohle auch Neben- und Hilfsstoffe transportiert. Auch nach einem möglichen Ende der Kohlefeuerung wird der Gleisanschluss erforderlich sein. Über den Gleisanschluss könnte zudem der Abtransport von Reststoffen erfolgen (derzeit nicht genutzt).
5. Die bestehenden Anlagen Heizwerk und Hilfsheizwerk am HKW Nord werden nicht erwähnt. Diese dienen analog dem Stützheizwerk der GEOVOL im Änderungsbereich 3 der Besicherung der übrigen Erzeugungsanlagen und der Fernwärme-Spitzenlastversorgung und sind deshalb – sowohl auf der Ebene der Flächennutzungsplanung als auch im beabsichtigten BPlan Nr. 91/2020 – als zulässige Nutzungen festzusetzen.
6. Die Werkzufahrt zum Parkplatz und zum HKW Nord von der Münchner Straße / Ringstraße herkommend fehlt in der Planzeichnung.
7. Der MIK-Überleiter 1199/3 ist als VE-Fläche zu kennzeichnen.
8. Bestehende Baumgruppen auf dem Gelände: Es sind keine wesentlichen schützenswerten Baumbestände vorzufinden. Ein Teil der Bäume muss für künftige Anlagenvorhaben voraussichtlich gefällt werden (unter Schaffung etwaiger vorgeschriebener Ausgleichs- und Ersatzflächen).
9. Fläche südlich der M3 (zukünftig St 2340) zwischen Feuerwache und Gleisbereich ist ebenfalls als Feuerwehrfläche gekennzeichnet. Hier errichtet die SWM allerdings derzeit ein Stützpunktlager für die Lagerung von Netzmaterial. Die Fläche ist ebenso zu kennzeichnen, wie das HKW Nord selbst.
10. Trassen im Änderungsbereich 2: Ohne genauere Überprüfung erscheinen einige der eingezeichneten Trassen nicht korrekt dargestellt. Die ebenfalls

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

dargestellten Baumgruppen sind nachrichtlicher Natur, teilweise nicht korrekt bzw. werden in zukünftigen Projekten überbaut (vgl. Punkt 8).

11. Kennzeichnung des Betriebsparkplatzes an Pforte West als Parkplatz innerhalb des Sondergebietes: der Parkplatz sollte baurechtlich auch anders genutzt werden können, um Flexibilität der Nutzung des Geländes zu erhalten. Parkplätze müssen auf der Sonderfläche nachgewiesen werden und nicht spezifisch auf einer gekennzeichneten Parkfläche. Mitarbeiter parken auf dem Grundstück.

12. Folgende absehbare Entwicklungen sind im weiteren Planungsverlauf zu berücksichtigen:

a) zusätzliche Werkzufahrt im Süd-Osten des HKW Nord für Anliefer- und Baustellenverkehr, damit Müllanlieferung nicht gestört wird und kein Rückstau auf die St 2340 (bisher M 3) erfolgt. Die Planung wird absehbar in den kommenden Jahren erfolgen (siehe Anlage, beigefügte Skizze).

b) Aufteilung der Sondergebiete falsch verzeichnet: Erweiterungsfläche für 380kV-Schaltanlage im Nord-Osten fehlt im Umgriff SO2 (Trennlinie ist zu weit südwestlich).

c) Erdgas und perspektivisch Wasserstoffversorgung HKW Nord über Gasübergabestation à Fl.Nr. 1189/2 als Versorgungsfläche kennzeichnen
Der beabsichtigten Flächennutzungsplanung muss daher in der vorliegenden Form widersprochen werden.

Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage: Stützheizwerk GEOVOL
Aus Sicht der SWM ist es – auch mit Blick auf das laufende Bauleitplanverfahren für den Bebauungsplan Nr. 91/2020 – widersprüchlich und nicht sachgerecht, für den Änderungsbereich 2 ein Sondergebiet „mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien“ darzustellen, direkt angrenzend im Änderungsbereich 3 ein fossil befeuertes Stützheizwerk.

Darüber hinaus sollen nach jetzigem Planungsstand Anlagen der SWM zur Besicherung bzw. Spitzenlasterzeugung (Gasheizkessel) auf dem Gelände des HKW Nord planerisch ausgeschlossen werden; zumindest aber fehlt es an hinreichender Rechtssicherheit, dass diese Bestandsanlagen bei Bedarf erneuert oder erweitert werden dürfen. Aus Gründen der Gewährleistung der Versorgungssicherheit muss der Einsatz und der Bau von auch fossil betriebenen Stütz- und Spitzenlasterzeugungsanlagen auch im Änderungsbereich 2 planerisch vorgesehen sein (s. auch schon oben Ziff. 4). Im Bereich der Grundfläche des Stützheizwerkes in Änderungsbereich 3 überschneidet sich in der Zeichnung des FNP diese Fläche mit der Fläche des HKW Nord. Es stellt sich damit die Frage, ob die GEOVOL für die Errichtung ihres Stützheizwerkes das Flurstück der SWM in Anspruch nimmt.

Der beabsichtigten Flächennutzungsplanung muss daher in der vorliegenden Form widersprochen werden.

Sonstige Hinweise

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Waldmehrungsgebiet östlich der S8, nördlich der M3 (St 2340) wirkt verschoben in der Planzeichnung. Die Richtige Lage befindet sich vermutlich südwestlich der ehem. Bahntrasse Unterföhring-Feldkirchen. Ggf. liegt ein allgemeiner Verschiebung von Zeichnungs-Layern über die gesamte Planzeichnung hinweg vor, die auch noch andere Elemente und Darstellungen betrifft.

Beschluss: 22:0

Zu Änderungsbereich 1:

Die 1. Änderung des FNP stellt als vorbereitende Bauleitplanung Wohnbaufläche (W) dar und nicht Reines Wohngebiet (WR). Die Einwirkungen der Lärmimmissionen des Heizkraftwerk Nord (HKW Nord) mit Umspannwerk wurden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplan Nr. 92/21) intensiv schalltechnisch durch entsprechende Gutachten von Müller-BBM (Bericht Nr. 168966/06 vom 15.11.2024) untersucht. Der Bebauungsplan entwickelt die Darstellung der Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan weiter und setzt als Art der Nutzung Allgemeines Wohngebiet (WA) fest und nimmt entsprechende Festsetzungen zum Schallschutz vor. Die heranrückende künftige Wohnbebauung nimmt somit auf die vom HKW-Nord ausgehenden Schallemissionen Rücksicht.

Die Begründung (Kapitel 4.5 Immissionsschutz) wird um Aussagen ergänzt, dass auf das Plangebiet auch das im Süden befindliche MHKW einwirkt und um den Hinweis auf die schalltechnische Untersuchung im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, dokumentiert im Müller-BBM Bericht Nr. 168966/06 vom 15.11.2024.

Zu Änderungsbereich 2:

Da die immissionsschutzrechtlichen Belange im Planentwurf BPlan Nr. 91/2020 in der Fassung vom 29.03.2022 noch nicht abschließend berücksichtigt wurden, hat die Gemeinde Unterföhring am 27.10.2022 beschlossen, ein Immissionsgutachten in Auftrag zu geben, dass aber bisher noch nicht vorliegt. Das Auslegungsverfahren zum Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 27.10.2022 ist gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB bisher noch nicht erfolgt. Zwischenzeitlich (2024) wurde der kommunale Wärmeplan der LHM vom Stadtrat beschlossen. Dieser Wärmeplan wird auch für den Betrieb des HKW Nord Erkenntnisse bringen, diese gilt es für das Bauleitplanverfahren BPlan Nr. 91/2020 auszuwerten, da es auch Auswirkungen auf die Formulierungen der Zweckbestimmungen und auf die Abgrenzung der Sondergebiete SO1 und SO2 haben. Die Abwägung der vorgebrachten Anliegen und Bedenken der SWM (Punkt 1 – 13) zum Änderungsbereich 2 wird deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen.

Zu Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage: Stützheizwerk GEOVOL
Der Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage: Stützheizwerk GEOVOL soll gemeinsam mit Änderungsbereich 2 in einem gesonderten

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verfahren Teil C zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt werden. Die Abwägung der vorgebrachten Anliegen und Bedenken der SWM zum Änderungsbereich 3 wird deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen.

Staatliches Bauamt Freising

Das Schreiben vom 11.07.2023 wird bekannt gegeben:

Gegen die Aufstellung bzw. Änderung Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes keine Einwände, wenn folgende Punkte beachtet werden:

Anbauverbot

Außerhalb des Erschließungsbereiches der Ortsdurchfahrten von Kreis- und Staatsstraßen gilt gem. Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen an Staatsstraßen in einer Entfernung bis zu 20 m und an Kreisstraßen bis zu 15 m Abstand - gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahndecke - Bauverbot. Die entsprechenden Anbauverbotszonen sind im Flächennutzungsplan dargestellt.

Werbeanlagen

Werbende oder sonstige Hinweisschilder sind gem. Art. 23 BayStrWG innerhalb der Anbauverbotszone unzulässig; Außerhalb der Anbauverbotszone sind sie so anzubringen, dass die Aufmerksamkeit des Kraftfahrers nicht gestört wird (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB).

Anpflanzungen

Anpflanzungen entlang der Staats- und Kreisstraßen sind im Einvernehmen mit dem Bauamt vorzunehmen.

Änderungsbereich 1

Der Erschließung des Baugebiets ist zum Teil über die M 13 (Münchner Straße) vorgesehen. Gemäß Begründung des Flächennutzungsplanes wurde hierfür schon ein Erschließungskonzept erarbeitet und durch das Ingenieurbüro GEVAS eine Verkehrsuntersuchung durchgeführt. Eine Stellungnahme zur Erschließung des Plangebiets werden wir daher erst im Zuge des Bebauungsplanverfahrens nach Vorlage der Verkehrsuntersuchung abgeben. Sollten bauliche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der M 13 (Münchner Straße) geplant sein, so ist die Straßenbauverwaltung rechtzeitig zu beteiligen.

Änderungsbereich 2

Hinsichtlich des Änderungsbereichs 2 verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 31.05.2022 zum Bebauungsplan Nr. 91/2020 "Energieerzeugung Unterföhring Süd".

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 3

Bezüglich des Änderungsbereichs 3 verweisen wir auf unsere Stellungnahme mit AZ S2310-4384.0 vom 04.10.2022 zum Genehmigungsverfahren nach §§ 4; 19 BlmSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL Unterföhring GmbH.

Änderungsbereich 4 und 5

Gegen den 4 und 5 Änderungsbereich bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes. keine Einwände.

Beschluss: 22:0

Die Hinweise zu Anbauverbot und zu Werbeanlagen werden zur Kenntnis genommen und in den weiteren Planungsschritten berücksichtigt.

Zu Änderungsbereich 1

Die Stellungnahme zur Erschließung des Plangebiets im Zuge des Bebauungsplanverfahrens wurde im Gemeinderat am 22.10.2024 bereits behandelt. Die Erschließung des künftigen Baugebietes erfolgt über eine Stichstraße an die Mitterfeldallee und über die Neubruchstraße. Direkte Zufahrten des Plangebietes an die Kreisstraße M13 sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung nicht vorgesehen. Die im Verkehrsgutachten von GEVAS (Anlage zur verbindlichen Bauleitplanung) vorgeschlagenen Maßnahmen zur Leistungsfähigkeit der Kreisstraße M 13 werden im weiteren Verfahren mit der Straßenbauverwaltung abgestimmt. Die Planzeichnung der 1. Änderung des FNP wird hinsichtlich der Anbauverbotszonen geprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Zu Änderungsbereich 2

Die Stellungnahme vom 31.05.2022 zum Bebauungsplan Nr. 91/2020 "Energieerzeugung Unterföhring Süd" wurde vom Gemeinderat Unterföhring am 27.10.2022 behandelt. Der Beschluss vom 27.10.2022 sieht vor „... dass eine Übernahme der Planungen des Staatlichen Bauamtes Freising zum Ausbau des Föhringer Ringes mit geringfügiger Anpassung der Festsetzungen nach Freigabe und digitaler Übermittlung in die Planunterlagen Bebauungsplan Nr. 91/2020 erfolgt. Die Planzeichnung des Bebauungsplans wird hinsichtlich der Anbauverbotszone mit Angabe ihrer Breite (20 m für die St 2088 sowie St 2053 und 15m für die M 3) vervollständigt. Die Planzeichnung des Bebauungsplans wird auch ergänzt um die Sichtfelder an der Einmündung der Ringstraße in die St 2053 sowie im Bereich des Geh- und Radweges. Das Auslegungsverfahren zum Bebauungsplanentwurf Nr. 91/2020 in der Fassung vom 27.10.2022 ist gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB bisher noch nicht erfolgt“

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Änderungsbereich 2 wird als gesondertes Verfahren – 1. Änderung des FNP Teil C zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt und die Plandarstellung auf relevante geänderte Festsetzungen der verbindlichen Bauleitplanung angepasst.

Zu Änderungsbereich 3

In der Stellungnahme mit AZ S2310-4384.0 vom 04.10.2022 zum Genehmigungsverfahren nach §§ 4; 19 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb eines Stützheizwerks der GEOVOL Unterföhring GmbH teilt das staatliche Bauamt mit, dass außerhalb des Erschließungsbereiches der Ortsdurchfahrten von Staatsstraßen gem. Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke Bauverbot gilt. Analog gilt für die Kreisstraßen ein Bauverbot für bauliche Anlagen bis 15 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke. In diesem Schreiben wird zugestimmt, für die geplante Bebauung mit dem Stützheizwerk der GEOVOL die Anbauverbotszone zu reduzieren. Die Planunterlagen werden diesbezüglich aktualisiert. Der Änderungsbereich 3: Fläche für Versorgungsanlage: Stützheizwerk GEOVOL wird gemeinsam mit Änderungsbereich 2 in einem gesonderten Verfahren Teil C zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt.

Wasserwirtschaftsamt München

Das Schreiben vom 21.07.2023 wird bekannt gegeben:

Mit dem genannten Flächennutzungsplan besteht aus wasserwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich Einverständnis, wenn folgende Hinweise berücksichtigt werden.

Hinweis 1: Änderungsbereiche 1 und 2 liegen in einem Gebiet, in dem eine Abgrenzung des wassersensiblen Bereichs nicht möglich ist, sodass sie wie wassersensible Bereiche behandelt werden müssen.

Hinweis 2: Die im Flächennutzungsplan eingezeichneten Altlastenverdachtsflächen entsprechen nicht dem aktuellen Stand nach der Datenbank ABuDIS. Auf Änderungsbereich 1 befindet sich neben der Altlastenverdachtsfläche „Ziegeleigrube Neubruchstraße“ (Katasternr 18.400.816) auf Fl.Nr. 179 auch die Altlastenverdachtsfläche „Ziegelei / Kieswerk Münchner Straße“ (Katasternr 18.400.825), die einen größeren Bereich einnimmt. Auf Änderungsbereich 2 befindet sich die Altlastenverdachtsfläche „Ziegelei Feringasträße“ (Katasternr. 18.400.830). Und auf Änderungsbereich 4 die Altlastenverdachtsfläche „Ziegelei Straßäckerallee“ (Katasternr.18.400.827). Diese Flächen sind bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Sofern aus Untersuchungen hervorgeht, dass sich der

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Altlastenverdacht nicht bestätigt hat, kann am Landratsamt München der Antrag auf Entlassung aus dem Altlastenkataster gestellt werden.

Beschluss: 22:0

Zu Hinweis 1 wassersensibler Bereich

Der Hinweis, dass sich Änderungsbereich 1 und 2 in einem Gebiet befinden, in dem eine Abgrenzung des wassersensiblen Bereichs nicht möglich ist und sie wie wassersensible Bereiche behandelt werden müssen, wird zur Kenntnis genommen und im Umweltbericht und bei den weiteren Planungsschritten berücksichtigt.

Zu Hinweis 2 Altlastenverdacht

Änderungsbereich 1

Im Änderungsbereich 1 sind in ABuDIS unter der Katasternummer 18400825 die „Ziegelei / Kieswerk Münchner Straße“ auf Fl.Nrn. 179/6, 179/7, 179/8 und unter Katasternummer 18.400.825 die „Ziegelei / Kieswerk Münchner Straße“ im Bereich der Fl. Nr. 179 enthalten. Die Altlastenverdachtsituation wurde zwischenzeitlich im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung von FRANK + BUMILLER + KRAFT Grundbauingenieure VBI GmbH 2022/2023 untersucht. Die Untersuchungsunterlagen sind Teil der Planungsunterlagen der verbindlichen Bauleitplanung. Das Altlastengutachten bestätigt, dass hier durch anthropogene Einwirkungen unterschiedlicher Art der Eintrag von Schadstoffen in die Böden erfolgte. Aber durch Ausbau des Industriegleises sowie Aushub und die Abfuhr aller verunreinigter Böden kann eine vollständige Sanierung des Planungsgebietes nach Ablauf der Mietverträge Ende 2024 begonnen werden. Nach Abschluss des Bodenaustauschs kann eine Entlassung der Verdachtsbereiche aus dem Altlastenkataster erfolgen. Da dies in absehbarer Zeit erfolgen wird, wird auf die Kennzeichnung in der Flächennutzungsplandarstellung bereits verzichtet.

Änderungsbereich 2

Im Südosten des Änderungsbereich 2 befindet sich die flächige Altlastenverdachtsfläche „Ziegelei Feringastrasse“ (Katasternr. 18.400.830), gemäß RIWA-GIS, WWA München mit UF_AS11 bezeichnet. Die Kennzeichnung in der FNP-Darstellung ist bereits erfolgt und wird nach Überprüfung gegebenenfalls korrigiert.

Änderungsbereich 4

Gemäß Altlasten- Bodenschutz und Dateninformationssystem des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (kurz ABuDIS) ist im Änderungsbereich 4 noch die Altlastenverdachtsfläche (Katasternummer 18400827) vermerkt. Im Zuge der Bauausführung der Feuerwehr mit Wohnnutzung erfolgte bereits ein flächiger Eingriff, bei dem alle schadstoffverdächtige Auffüllböden vollständig ausgehoben und entsorgt wurden. Das Büro mplan eG hat mit dem Bericht

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

vom 27.11.2023 auf Basis der im Bericht dokumentierten Bodenanalysewerte den Austrag aus dem Altlastenkataster beantragt. Auf eine Kennzeichnung in der Flächennutzungsplandarstellung kann deshalb verzichtet werden.

Bürger

Das Schreiben vom 25.07.2023 wird bekannt gegeben:

Die Ausweisung eines Sondergebiets und Wohngebiets für das "Neue Mitterfeld" als Nachfolgenutzung auf den Flächen des Containerdepots München (CDM) wird grundsätzlich begrüßt.

Zur verkehrlichen Erschließung des neuen Quartiers ist jedoch bereits heute anzumerken, dass eine (zusätzliche) Erschließung von der südlich angrenzenden Neubruchstraße als problematisch zu sehen ist.

1. Es handelt sich bei der Neubruchstraße bereits heute um eine ca. 550 m lange Stichstraße, die bislang nur über einen provisorischen Wendepunkt am östlichen Ende verfügt. An der Straßensüdseite befinden sich Senkrechstellplätze, die teilweise der Wohnanlage zugeordnet sind (Privatparkplätze) und teilweise öffentlich genutzt werden können (Randbemerkung: dies ist größtenteils für "Ortsfremde" nicht erkennbar, es fehlt an einer klaren Beschilderung oder Kennzeichnung). Entlang des nördlichen Straßenrands sind nur bis etwa zur Mitte der Neubruchstraße Parkbuchten angelegt, weiter östlich nach der Fahrbahnverengung befindet sich an der Nordseite straßenbegleitend nur noch die Eingrünung des CDM. Ein kurzer Abschnitt ist mit Haltverbot wegen der Feuerwehruzufahrt ausgeschildert, ansonsten wird dort gerne parallel mehr oder weniger neben bzw. auf der Fahrbahn geparkt. Insbesondere im östlichen Abschnitt der Straße ist dann ein Ein- oder Ausparken in die Senkrechstellplätze nur erschwert möglich, weil meist nur eine Fahrgasse von ca. 3-4 m verbleibt. Es wird daher gebeten, hier wieder wie vor der Verlegung der Fernwärmeleitung (vor ca. 3 Jahren?) ein Haltverbot entlang des nördlichen Straßenrands anzuordnen. Alternativ könnten dort aber auch Längsparkplätze etabliert werden, unter Berücksichtigung künftiger Zufahrten in Tiefgaragen des Neuen Mitterfeld. Dazu wäre allerdings auch in die Randbegrünung einzugreifen.

2. Mit dem künftigen Endausbau soll die Neubruchstraße eine Gesamtlänge von rd. 660 m besitzen, an deren Ende sich ebenfalls eine Wendeschleife befindet. Neben der zuvor geschilderten Parkproblematik sehe ich jedoch ein gravierendes Problem in dieser Länge der Straße. Aus Stadt- und verkehrsplanerischer Sicht zeugt es von keiner guten Qualität, die Straße weiterhin nur als Stichstraße zu belassen. Es fehlen jegliche Notanbindungen nach Norden (Ri. Mitterfeldallee) oder nach Süden, z.B. an die Siedlerstraße. Als aktives Feuerwehrmitglied kann ich von den erheblichen Schwierigkeiten berichten, die sich z.B. während der oben geschilderten Verlegung der Fernwärmeleitungen seinerzeit ergaben. Die Straße war gerade so mit

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Einsatzfahrzeugen befahrbar, Ausweichbuchten waren mangels Randflächen nicht vorhanden. Ähnliche Probleme treten regelmäßig auf, wenn etwa wöchentlich das Müllfahrzeug zur Entsorgung in die Straße kommt, es fehlen dann auch hier Ausweichmöglichkeiten, weil schlicht die Fahrbahn versperrt ist. Hier sei nur eindringlich daran erinnert, was bei einer längeren Vollsperrung der Neubuchstraße eintreten könnte.

3. Ich schlage außerdem vor, vielleicht in der Mitte der Neubuchstraße in Höhe der heutigen Fahrbahnverengung einen "Zwischenkreisel" vorzusehen, analog wie in der Mitte der Siedlerstraße. Dies könnte bereits viel Durchgangsverkehr bis zum östlichen Ende der Straße vermeiden. Von diesem Kreisel aus könnte auch ein Zuweg in das Neue Mitterfeld erfolgen. Insofern an dieser Stelle zusammengefasst der Appell an die Gemeinde, die verkehrliche Situation zur Anbindung des "Neuen Mitterfeldes" von Süden her im Rahmen des Änderungsbereichs 1 neu zu überdenken und die weiteren Planungen einfließen zu lassen.

Beschluss: 22:0

Der Änderungsbereich 1 ist für den motorisierten Individualverkehr über die Mitterfeldallee im Norden, die Münchner Straße (Kreisstraße M13) im Westen und über die Neubuchstraße im Süden erschlossen. Die im Westen gelegene Münchner Straße ist eine Hauptverkehrsstraße zwischen Unterföhring und München, die wenige hundert Meter südlich auf den Föhringer Ring trifft. Durch diesen ist das Planungsgebiet direkt an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Die Hinweise und Anregungen insbesondere zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Bereich der Neubuchstraße sind nicht Planungsinhalt der vorbereitenden Bauleitplanung.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung BPlan Nr. 92/21 erfolgte eine detaillierte Verkehrsuntersuchung durch gevas humberg & partner. Die Verkehrsuntersuchung „Entwicklungsgebiet Mitterfeld Allee in Unterföhring – Begleitung Bebauungsplanverfahren Nr. 92/21, „Neues Mitterfeld“, in der Fassung vom Juni 2024 mit Ergänzung vom Oktober 2024 zeigt auf, dass die Erschließung des neuen Planungsvorhabens sowohl über die Mitterfeldallee also auch über die Neubuchstraße erfolgen soll. Eine Durchbindung für den Kfz-Verkehr zwischen der Neubuchstraße und der Mitterfeldallee, wie im Bestand, ist nicht vorgesehen und nur für den Fuß- und Radverkehr möglich. Die aktuelle Planung im BPlan Nr. 92/21 sieht vor, dass die Tiefgaragen der nördlich liegenden Baufelder mit regulärer und betreuter Wohnnutzung über eine interne Erschließungsstraße parallel zur Mitterfeldallee erschlossen werden. Diese knüpft über den Knotenpunkt Mitterfeldallee/ Straßäckerallee an das bestehende Straßennetz an. Die Tiefgaragen der nach Süden orientierten Baufelder der geplanten Wohnnutzung werden gemeinsam mit der

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

KiTa im WA 4.2 direkt über die Neubruchstraße erschlossen und verteilen sich anschließend über den bestehenden signalisierten Knotenpunkt Münchner Straße/ Neubruchstraße ins bestehende Straßennetz. Für das Bau Feld WA 6 im Osten des Vorhabens wird eine Erschließung nach Norden über die interne Erschließungsstraße unterstellt. Die Tiefgarage des Sondergebiets, welche neben dem Einzelhandel auch das Ärztehaus umfasst, kann sowohl aus dem Norden als auch über eine südliche Zufahrt angefahren und verlassen werden. Dabei sieht die aktuelle Planung im Süden analog zur Wohnnutzung eine Zufahrt über die Neubruchstraße direkt östlich des Knotenpunktes Münchner Straße/ Neubruchstraße vor.

Die Anbindung des Sondergebiets an die Mitterfeldallee in Richtung Norden erfolgt über einen neuen Knotenpunkt zwischen den beiden Lichtsignalanlagen Münchner Straße/ Mitterfeldallee und Mitterfeldallee/ Straßäckerallee. Bei dieser Anbindung handelt es sich um einen unsignalisierten Knotenpunkt, bei dem alle Fahrrelationen, bis auf den Linkseinbieger aus dem Sondergebiet des Vorhabens in die Mitterfeldallee, freigegeben sind. Entgegen den Kunden- und Beschäftigtenverkehren werden die Schwerverkehre des Einzelhandels ausschließlich über die nördliche Anbindung erschlossen.

Die Hinweise insbesondere zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Bereich der Neubruchstraße sind nicht Planungsinhalt der vorbereitenden Bauleitplanung. Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen und in weiteren Planungsschritten (z.B. Beschilderung, Kennzeichnung, Geschwindigkeitsreduzierungen, Halteverbote) geprüft. Eine Änderung der Planungen ist nicht veranlasst.

Weiteres Vorgehen

Die o.g. Ergänzungen und Überarbeitungen sind in die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Teil B einzuarbeiten und als nächster Verfahrensschritt ist das Auslegungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beschluss: 22:0

Der Gemeinderat beschließt die o.g. Änderungen, Ergänzungen und Hinweise in die Unterlagen der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes einzuarbeiten.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anschließend ist die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB für die 1.Änderung des Flächennutzungsplanes - Teil B durchzuführen.

Die Planunterlagen erhalten das Datum 13.02.2025.

AZ 6100
Bauamt

655

22

Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss: Überarbeitung der Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, für Vereine und für die Jugendarbeit; Anpassung von Förderbeiträgen

Durch Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses vom 02.08.2011, Nr. G52, und mit Gemeinderatsbeschluss vom 14.09.2011, Nr. 66, wurden Richtlinien zur Gewährung von Fördermittel für den Sport, die Vereine und die Jugendarbeit beschlossen.

Mit Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss vom 29.10.2015, Nr. 051, wurden mit Gemeinderatsbeschluss vom 10.12.2015, Nr. 307, Änderungen vorgenommen, und die derzeit gültigen Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, für Vereine und für die Jugendarbeit beschlossen.

Die derzeit gültige Fassung der Richtlinien, gültig seit 01.01.2016, ist den Mitgliedern des Gemeinderats ausgehändigt worden.

Nach einem Gespräch mit den Vereinsvorständen des SC Isaria e. V. und dem TSV Unterföhring e. V. wurde der Empfehlungsbeschluss dahingehend angepasst, dass die Verpflegungspauschale unter Punkt a) 2.2 Reisekosten in Höhe von 15,00 € für Kinder und Jugendliche bereits ab einer Entfernung von 50 km gezahlt wird. Diese Änderung wurde von der Verwaltung als sinnvoll eingestuft.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgende Änderungen und Ergänzungen der Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, die Vereine und die Jugendarbeit zu beschließen:

Zu a) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport

2.2 Reisekosten

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Für die Fahrten zu Ligawettkämpfen werden Reisekosten für Sportler und Betreuer gewährt. Ab einer Freigrenze von 100 km (gemäß Routenplaner Google Maps) erhält der Verein pro Reisenden (Sportler und Betreuer) einen Zuschlag von 0,15 € je gefahrenen Kilometer. Reisekosten sind für maximal 3 Betreuer zuschussfähig.“

Neu:

„Für die Fahrten zu Ligawettkämpfen werden Reisekosten für am Wettkampf teilnehmende Sportler und maximal drei Betreuer gewährt. Ab einer Freigrenze von 100 km (gemäß Routenplaner Google Maps) erhält der Verein einen Fahrtkostenzuschuss für die belegten Reisekosten sowie eine Verpflegungspauschale von 15,00 € pro Reisenden und Tag. Kinder und Jugendliche erhalten ab einer Freigrenze von 50 km eine Verpflegungspauschale von 15,00 € pro Reisenden, jedoch maximal für fünf Veranstaltungen pro Jahr. Bei Bahnfahrten ist die 2. Klasse zu buchen. Gefördert wird nur der Breitensport. Eine Förderung des Erwachsenenleistungssports und des Profisports (Nationalspieler, internationale Wettkämpfe usw.) wird nicht gewährt.
Nachwuchstalente, welche die Voraussetzungen für die Jugendförderung erfüllen, erhalten den Fahrtkostenzuschuss auch für internationale Wettkämpfe, sofern keine anderweitige Förderung zur Anwendung kommt.“

Zu b) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für Vereine

2.4 Antragsfrist

„Auf Antrag kann ein Zuschuss zum Erwerb von Neuanschaffungen, Ausstellungen oder Baumaßnahmen gemäß Punkt 1.4 bis zum **30.09.** für das Folgejahr gestellt werden.“

Neu:

„Auf Antrag kann ein Zuschuss zum Erwerb von Neuanschaffungen, Ausstellungen oder Baumaßnahmen gemäß Punkt 1.4 bis zum **31.08.** für das Folgejahr gestellt werden.“

2.5 Jubiläen (neu)

„Vereine erhalten für besondere Vereinsjubiläen (10, 15, 20, 25 Jahre usw.) auf Antrag einen Zuschuss bis zu 50 % der ungedeckten Kosten.“

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der vorgebrachten Einwände in der Vorinformation des Gemeinderats durch die Fraktionen CSU und PWU wird Punkt 2.5 gestrichen. Die bisherige Regelung bleibt bestehen, sodass Zuschüsse zu Vereinsjubiläen weiterhin im Rahmen von Einzelfallentscheidungen behandelt werden.

3. Reiserichtlinien

3.2 Städtepartnerschaften (letzte Änderung mit GR-Beschluss Nr. 44-46 vom 12.06.2008)

„Reisen nach Kamsdorf:

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von 15,00 € pro Tag. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von 10,00 € pro Tag.

Reisen nach Tarcento:

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von 20,00 € pro Tag. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von 15,00 € pro Tag.“

Neu:

„Reisen nach Kamsdorf:

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von **20,00 € pro Tag**. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von **15,00 € pro Tag**.

Reisen nach Tarcento:

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von **25,00 € pro Tag**. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von **20,00 € pro Tag**.“

3.3 neu

„Vereine, die bei Feierlichkeiten der Partnergemeinden, die Gemeinde Unterföhring offiziell vertreten, wird zum Förderbetrag nach Punkt 3.2 zusätzlich ein pauschaler Zuschuss zu den Übernachtungskosten in Höhe von 500,00 € gewährt.“

Zu c) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für die Jugendarbeit inklusive Musikschule

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Da die Zuwendungen der Gemeinde an die Musikschule Unterföhring ab dem Schuljahr 2022/2023 vollständig neugestaltet wurde, benötigt die Musikschule künftig keine Förderung gemäß der Vereinsförderrichtlinien mehr.

Die Musikschule ist zu streichen.

2. Förderungsmaßnahmen

2.1 Allgemeine Jugendförderung

„Es erhält jede Einrichtung der Jugendarbeit auf Antrag einen jährlichen Zuschuss von **40,00 € pro Mitglied** zwischen dem 2. und dem 18. Lebensjahr, das seinen ersten Wohnsitz in Unterföhring hat und sein aktives Engagement selbst einbringt. Die Mitgliedschaft des Jugendlichen darf keine zeitliche Begrenzung aufweisen und muss zum 01. Januar eines Jahres auf einer Bestandsliste nachgewiesen werden.“

Neu:

„Es erhält jede Einrichtung der Jugendarbeit auf Antrag einen jährlichen Zuschuss von **50,00 € pro Mitglied** zwischen dem 2. und dem 18. Lebensjahr, das seinen ersten Wohnsitz in Unterföhring hat und sein aktives Engagement selbst einbringt. Die Mitgliedschaft des Jugendlichen darf keine zeitliche Begrenzung aufweisen und muss zum 01. Januar eines Jahres auf einer Bestandsliste nachgewiesen werden.“

2.2 Übungsleiterzuschuss

„Die Gemeinde Unterföhring gewährt einen Ausgleichsbetrag zur Förderung der Übungsleiter-Lizenzen gegenüber der Förderung vom Landratsamt München. Dieser Ausgleichsbetrag wird von der Gemeinde Unterföhring seit 2006 jährlich um die Differenz zu dem höheren Zuschuss aus dem Jahr 2005 gewährt.“

Neu:

„Die Gemeinde Unterföhring gewährt einen Übungsleiterzuschuss analog der Pauschalen Sportbetriebsförderung des Freistaates Bayern. Grundlage für die Zuschussbewilligung ist der Bewilligungsbescheid des Landratsamtes München.“

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung 2025 sowie in der Finanzplanung zu berücksichtigen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses vom 14.11.2024 zur Kenntnis und beschließt die folgenden Änderungen:

Zu a) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport

2.2 Reisekosten

„Für die Fahrten zu Ligawettkämpfen werden Reisekosten für am Wettkampf teilnehmende Sportler und maximal drei Betreuer gewährt. Ab einer Freigrenze von 100 km (gemäß Routenplaner Google Maps) erhält der Verein einen Fahrtkostenzuschuss für die belegten Reisekosten sowie eine Verpflegungspauschale von 15,00 € pro Reisenden und Tag. Kinder und Jugendliche erhalten ab einer Freigrenze von 50 km eine Verpflegungspauschale von 15,00 € pro Reisenden, jedoch maximal für fünf Sportveranstaltungen pro Jahr. Bei Bahnfahrten ist die 2. Klasse zu buchen.

Gefördert wird nur der Breitensport. Eine Förderung des Erwachsenenleistungssports und des Profisports (Nationalspieler, internationale Wettkämpfe usw.) wird nicht gewährt.

Nachwuchstalente, welche die Voraussetzungen für die Jugendförderung erfüllen, erhalten den Fahrtkostenzuschuss auch für internationale Wettkämpfe, sofern keine anderweitige Förderung zur Anwendung kommt.“

Zu b) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für Vereine

2.4

„Auf Antrag kann ein Zuschuss zum Erwerb von Neuanschaffungen, Ausstellungen oder Baumaßnahmen gemäß Punkt 1.4 bis zum 31.08. für das Folgejahr gestellt werden.“

3. Reiserichtlinien

3.2 Städtepartnerschaften

„Reisen nach Kamsdorf:

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von **20,00 € pro Tag**. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von **15,00 € pro Tag**.

Reisen nach Tarcento:

Jugendliche unter 18 Jahren sowie Betreuer der Jugendlichen (max. 2 Personen) erhalten einen Zuschuss von **25,00 € pro Tag**. Personen über 18 Jahre erhalten einen Zuschuss von **20,00 € pro Tag**."

3.3 neu

„Vereine, die bei Feierlichkeiten der Partnergemeinden, die Gemeinde Unterföhring offiziell vertreten, wird zum Förderbetrag nach Punkt 3.2 zusätzlich ein pauschaler Zuschuss zu den Übernachtungskosten in Höhe von 500,00 € gewährt.“

Die Punkte 3.3 und 3.4 werden geändert auf 3.4 und 3.5

Zu c) Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für die Jugendarbeit inklusive Musikschule

Die Musikschule ist zu streichen.

2. Förderungsmaßnahmen

2.1 Allgemeine Jugendförderung

„Es erhält jede Einrichtung der Jugendarbeit auf Antrag einen jährlichen Zuschuss von 50,00 € pro Mitglied zwischen dem 2. und dem 18. Lebensjahr, das seinen ersten Wohnsitz in Unterföhring hat und sein aktives Engagement selbst einbringt. Die Mitgliedschaft des Jugendlichen darf keine zeitliche Begrenzung aufweisen und muss zum 01. Januar eines Jahres auf einer Bestandsliste nachgewiesen werden.“

2.2 Übungsleiterzuschuss

„Die Gemeinde Unterföhring gewährt einen Übungsleiterzuschuss analog der Pauschalen Sportbetriebsförderung des Freistaates Bayern. Grundlage für die

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zuschussbewilligung ist der Bewilligungsbescheid des Landratsamtes München.“

Die Änderungen treten zum 01.02.2025 in Kraft.

AZ 9
Finanzen

656

22

Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss; Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage nördlich der Staatsstraße St 2340 (ehemalige M3)

Der Vorsitzende gibt den Antrag von Herrn Dr. Michael Lechner, Unterföhring, auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage nördlich der Staatsstraße St2340 (ehemalige M3), vom 17.12.2024, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 18.12.2024, bekannt. Der Antrag und der Lageplan wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende erinnert an die Sitzung des Bau-, Verkehr und Grundstücksausschusses vom 24.09.2024, in welcher der „Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung einer Satzung zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nördlich der St2340 (ehemalige M3) behandelt werden sollte. Aufgrund einiger Unklarheiten im Hinblick auf das richtige Verfahren und der Notwendigkeit, eines Besprechungstermines mit dem Landratsamt München, wurde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

In der Zwischenzeit hat der Antragsteller mit dem Landratsamt München gesprochen und nun den vorliegenden Antrag auf Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage nördlich der Staatsstraße St2340 (ehemalige M3) bei der Gemeinde Unterföhring eingereicht.

Der Antragsteller plant die Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage auf den Grundstücken mit den Fl.Nrn. 782, 783, 778, 724 und 723. Die Fläche beträgt ca. 9,125ha. Es sind bodennahe Solarpaneele und eine Zwischenspeicherung des gewonnenen Stromes geplant. Die Spitzenleistung soll 9MWp betragen.

Die betroffenen Grundstücke befinden sich im Außenbereich und sind im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Flächen für Landwirtschaft ausgewiesen.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Bauvorhaben wird seitens der Gemeindeverwaltung grundsätzlich befürwortet. Der Erste Bürgermeister verweist jedoch auf den Bericht des Klimamanagers Holger Gödderz in der Gemeinderatssitzung vom 10.10.2024, in dem auf die Vorteile der Ausarbeitung eines Kriterienkatalogs für die Genehmigung von Freiflächen- und Agri-PV Anlagen vor der Genehmigung weiterer Freiflächen- und Agri-PV Anlagen verwiesen wurde.

Ein solcher Kriterienkatalog gibt vor unter welchen Bedingungen eine Freifläche mit Freiflächen- und Agri-PV Anlagen bebaut werden und ermöglicht es der Gemeinde, klare Vorgaben für eine nachhaltige und landschaftsverträgliche Umsetzung zu schaffen. Dadurch können Konflikte mit Naturschutz, Landwirtschaft und Anwohnerinteressen frühzeitig vermieden und gleichzeitig die Nutzung erneuerbarer Energien gezielt gefördert werden. Zudem sorgt ein solcher Katalog für Transparenz und Planungssicherheit bei Investoren, Bürgerinnen und Bürgern.

Die Verwaltung empfiehlt einen solchen Kriterienkatalog zeitnah erarbeiten zu lassen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Danach sollte über die vorliegenden Anträge auf Aufstellung von Bebauungsplänen zur Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage entschieden werden.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.01.2025 und nimmt den Antrag von Herrn Dr. Michael Lechner, Unterföhring, auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage nördlich der Staatsstraße St2340 (ehemalige M3), vom 17.12.2024, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 18.12.2024, zur Kenntnis.

Den Antrag von Herrn Dr. Michael Lechner, Unterföhring, auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen PV-Anlage nördlich der Staatsstraße St2340 (ehemalige M3), vom 17.12.2024, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 18.12.2024, wird zurückgestellt.

Das Bauvorhaben wird grundsätzlich befürwortet. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, zeitnah einen Kriterienkatalog für die Genehmigung von Freiflächen- und Agri-PV Anlagen auszuarbeiten. Der Entwurf des Kriterienkatalogs ist dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 6102
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

657 22 **Antrag Verein Kulturbixn e. V. auf finanzielle Unterstützung für die
Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen**

Mit E-Mail vom 12.12.2024 hat der Verein Kulturbixn e. V. eine finanzielle Unterstützung für die Feierlichkeiten anlässlich seines 10-jährigen Bestehens beantragt. Das Antragsschreiben sowie eine Aufstellung der voraussichtlichen Kosten wurden dem Gremium bereits vorab übermittelt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Feierlichkeiten belaufen sich auf 8.400,00 €, während geplante Einnahmen in Höhe von 4.900,00 € erwartet werden. Somit entsteht ein Defizit von 3.500,00 €, für das der Verein einen Zuschuss beantragt.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss Nr. 157 vom 15.01.2009, mit dem festgelegt wurde, dass örtliche Vereine und Organisationen lediglich zu klassischen Jubiläen von 25, 50, 75, 100 Jahren usw. finanziell unterstützt werden sollen.

Allerdings wurden in der Vergangenheit ähnliche Anträge anderer Vereine und Organisationen zur finanziellen Unterstützung zu Feierlichkeiten, auch unabhängig von Jubiläen bzw. bei nicht-klassischen Jubiläen, bewilligt. Eine Aufstellung der Vereinszuschüsse zu Jubiläen und Feierlichkeiten wurde dem Gremium ebenfalls bereits vorab übermittelt.

Der 2015 gegründete Kulturbixn e. V. ist ein örtlicher Verein, der Theater, Kabarett und Kleinkunst in Unterföhring fördert und regelmäßig kulturelle Veranstaltungen organisiert. Damit trägt er wesentlich zum kulturellen Leben in der Gemeinde bei.

Die bisherigen Zuschüsse für 10-jährige Jubiläen bewegten sich in einem Rahmen von 200,00 € bis 500,00 €. Die Verwaltung schlägt daher eine Förderung in Höhe von 50 % der ungedeckten Kosten vor, jedoch maximal 1.750,00 €. In diesem Zuschuss ist der Reisekostenzuschuss für Städtepartnerschaftsreisen nach Tarcento nicht enthalten. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage entsprechender Rechnungen.

Die überplanmäßige Ausgabe wird auf der Haushaltsstelle 33200.7010 (Kultur BgA; Zuschüsse) verbucht.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, dem Verein Kulturbixn e.V. für die Feierlichkeiten anlässlich seines 10-jährigen Jubiläums einen Zuschuss in Höhe von 3.500,00 € zu gewähren. In diesem Zuschuss ist der Reisekostenzuschuss für

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Städtepartnerschaftsreisen nach Tarcento bereits enthalten. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen.

AZ 1340
Finanzen

658 22 **Ergänzungsantrag der SG "Immergrün" Unterföhring e. V. auf Zuschuss zur Anschaffung einer neuen einheitlichen Vereinstracht**

Mit Schreiben vom 20.01.2025 hat Herr Stefan Schnabel im Namen der SG Immergrün Unterföhring e. V. einen Ergänzungsantrag zum ursprünglichen Antrag vom 29.06.2023 gestellt. Das Antragsschreiben wurde dem Gremium vorab übermittelt.

Der ursprüngliche Antrag wurde in der Gemeinderatssitzung am 14.09.2023 (Beschluss-Nr. 469) behandelt und ein Zuschuss in Höhe von 7.562,50 € bewilligt. Grundlage der Entscheidung waren die bestehenden Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 359 vom 10.12.2019, Nr. 460 vom 10.06.2010, Nr. 170 vom 11.02.2015 und Nr. 947 vom 09.10.2019, die Zuschüsse zwischen 125,00 € und 500,00 € pro Mitglied für die Anschaffung von Vereinstrachten vorsahen.

Aufgrund von Herstellungsproblemen und Lieferschwierigkeiten hat sich die Umsetzung des Projekts verzögert, sodass inzwischen zwei Jahren vergangen sind. Dies führte zu Preisanpassungen. Zudem hat sich die Anzahl der benötigten Trachten von ursprünglich 25 Herren- und Damentrachten auf 32 Herrentrachten und 30 Damentrachten erhöht.

Die Gesamtkosten belaufen sich nun auf 24.825,10 €. Der Verein beantragt eine Förderung in Höhe von zwei Dritteln der Gesamtkosten, einschließlich des bereits bewilligten Zuschusses. Dies würde einen Gesamtzuschuss von 16.550,00 € bedeuten. Dabei verweist der Verein auf die aktuellen Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 616 und 617 vom 10.10.2024.

Die Verwaltung schlägt vor, den bestehenden Beschluss Nr. 469 vom 14.09.2023 aufzuheben und stattdessen einen Gesamtzuschuss in Höhe von 16.550,00 € zu gewähren. Dies entspricht einem Zuschuss von 267,00 € pro Tracht bzw. Mitglied und liegt im Rahmen der bisherigen Förderung von Trachten.

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, den Beschluss Nr. 469 vom 14.09.2023 aufzuheben und dem SG Immergrün Unterföhring e. V. für die Anschaffung von Vereinstrachten einen Gesamtzuschuss von 16.550,00 € zu gewähren. Die überplanmäßigen Ausgaben sind auf der Haushaltsstelle 34000.7010 (Heimatspflege; Zuschüsse) zu buchen.

AZ 1340
Finanzen

659 22 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

659 22 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 02/2025; Anträge der CSU Fraktion

Der Vorsitzende bringt die Anträge der CSU Fraktion vom 04.02.2025, eingegangen am 10.02.2025 mit folgendem Inhalt zur Kenntnis:

-Antrag der CSU Fraktion zur Erstellung einer Portfolioanalyse der gemeindeeigenen Grundstücke/Liegenschaften

-Antrag der CSU Fraktion zur Planung einer gastronomischen Einrichtung nebst Wohnungen in der Bahnhofstraße 15 Unterföhring

Die Anträge wurden den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der heutigen Sitzung per E-Mail zugesandt. Die Anträge werden in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium zur Beratung vorgelegt.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

659

22

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 02/2025; Antrag des FSD Unterföhring auf Übernahme der Kosten für die Nutzung des Bewegungsbad und Gymnastikraum im St. Valentin Hof

Der Vorsitzende bringt den Antrag des Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e.V. vom 10-02-2025 eingegangen bei der Gemeinde am 12.02.2025 mit folgendem Inhalt zur Kenntnis.

Antrag auf Übernahme der Kosten für die Nutzung des St.-Valentin-Hofs – Bewegungsbad und Gymnastikraum

Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

AZ 0241
Hauptamt

659

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Fischer - Straßebelag Münchner Straße Abbiegung Föhringer Ring

Frau Fischer fragt an ob der Straßenbelag der Münchner Straße insbesondere der beiden Brücken über die Bahn sowie den Föhringer Ring ausgetauscht bzw. ertüchtigt wird. Die derartigen Spurrillen und Unebenheiten stellen eine erhebliche Gefahr dar. Die Bauabteilung wird dies an das staatliche Bauamt weitergeben und auf dieses Thema aufmerksam machen.

AZ 0241
Hauptamt

659

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Mecke - Aktueller Sachstand des ortsgeschichtlichen Weges

Herr Mecke erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des ortsgeschichtlichen Weges in Unterföhring. Frau Böhning (Leitung Stabstelle) erläutert, dass hierzu Abstimmungen mit den Ortschronisten laufen und dies im Laufe des Jahres 2025 abgeschlossen wird.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2025

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

659

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Kirnberger - Pächter Poschinger Weiher

Her Kirnberger fragt an, was der neue Pächter am Poschinger Weiher alles anpachtet bzw. betreibt.

Nachdem das Pachtverhältnis mit der Brauerei bzw. mit dem Naherholungsflächenverein geschlossen wird – kann dies nicht beantwortet werden.

AZ 0241
Hauptamt

659

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Schödl - Sachstand Ladesäulen im öffentlichen Raum

Frau Schödl erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Schaffung von Ladesäulen im öffentlichen Raum. Frau Obermeier (Leitung Bauamt) teilt dem Gremium mit, dass derzeit die Vergabeverfahren laufen und der Gemeinderat dies in seiner Sitzung im April zur Entscheidung vorgelegt bekommt.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 19:58 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer